

# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 8.— Mt., auswärts 9.— Mt., auswärts 3.50 Mt. Anzeigen unter Text gescheit, Vereins-, Veranlagungs- und Wohnungs-Anzeigen 1.— Mt. Kleinanzeigen pro Wort 0.50 Mt., das letzte Wort 1.00 Mt. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6) durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grunwalderstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Altgrunwalderstraße 140, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Wöchentlich 6.50 Mt., monatlich 38.— Mt., vierteljährlich 114.— Mt., halbjährlich 216.— Mt., jährlich 420.— Mt.

## Die preussischen Schutzgesetz-Entwürfe.

### Ein neues Bombenattentat gegen unser Parteiblatt in Rattowitz.

Gestern morgen gegen 4 Uhr sind in die Buchdruckereiräume des „Volkswacht“ in Rattowitz wieder zwei Bomben hineingeworfen worden. Nachdem im vorigen Mai ein Attentat gegen unser Parteiblatt in Rattowitz missglückt war, sind diesmal die Bomben explodiert. Der Schaden ist noch gar nicht abzuschätzen.

Auch in die Geschäftsräume zweier bürgerlich-deutscher Blätter in Rattowitz, der „Ober-schlesischen Morgenpost“ und der „Rattowitzer Zeitung“ sind Sprengkörper geworfen worden, die ebenfalls großen Schaden anrichteten.

Die früheren Attentate gegen den „Volkswacht“ sind ungesühnt geblieben, was die Verbrechen nicht nur ermattet hat. Eine starke Hecke von polnischer Seite gegen die deutsche Presse war in der letzten Zeit festzustellen, während gerade der „Volkswacht“ seinerseits die Deutschen zur Vernunft und Frieden mahnte.

### Zum Abtransport der Interalliierten Kommission.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:  
In wenigen Tagen wird die Interalliierte Kommission Ober-schlesien verlassen haben. Mit ihr zugleich räumen die fremden Truppen und Behörden das Land. Der deutsch-gebliebene Teil Ober-schlesiens wird nun wieder mit dem Mutterlande vereint sein. Jeder, der durch geschwätzige, unbewusste Lügen gegen die Angehörigen der fremden Mächte neue unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwört, fügt Ober-schlesien und dem ganzen Deutschen Reich schweren Schaden zu. Namens der Reichsregierung ermahne ich daher die gesamte Bevölkerung, sowie insbesondere alle mit der Durchführung des Abtransports der interalliierten Truppen beauftragten Beamten dringend, Ruhe zu bewahren und sich aller feindseligen Handlungen gegen die interalliierten Truppen und Behörden zu enthalten, um so an der schnellen, reibungslosen Durchführung der Räumung mitzuarbeiten.  
Wirkl., Reichsminister.

### Polnisches Judenpogrom in Wilna.

„Napred“ (Rattau) berichtet, daß in Wilna von Warschauer nationaldemokratischen Publizisten bereits wiederholt antisemitische Vorlesungen gehalten wurden. Diese Vorlesungen trugen einen so aufreizenden Charakter, daß sich die Behörden veranlaßt sahen, die Genehmigung zu einer abermaligen Vorlesung zu verweigern. Trotz alledem fand sich eine ungeheure Menge vor dem Versammlungsort ein, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Auch von Seiten der Menge wurde auf die Polizei geschossen, und es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Am Abend desselben Tages veranstaltete die entsetzte Menge einen Pogrom auf die jüdische Bevölkerung und plünderte mehrere Geschäfte aus. Der Vorfall ist um so unangenehmer als die in Wilna weilenden Schweizer Journalisten, Zeugen dieser Zusammenstöße und Ausschreitungen waren.

### Revisionsvorschläge der Reichsregierung über unsere Kohlenlieferungen.

Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission das Ersuchen gerichtet, die rückständigen Kohlenlieferungen für Juni und Juli in englischen Kohlen entrichten zu können. Dieses Ersuchen wird durch die schlechte Lage auf dem Kohlenmarkt begründet. Die englische Kohle soll selbstständig auf Kosten Deutschlands von England nach Frankreich transportiert werden. Gleichzeitig hat die Reichsregierung bei der Reparationskommission eine Denkschrift über die Lage auf dem Kohlenmarkt überreicht. Diese Denkschrift soll die Grundlage für das neue Kohlenlieferungs-Programm bilden, das bekanntlich Mitte August in Kraft treten soll. Die Verhandlungen über das neue Programm werden in der kommenden Woche in Paris aufgenommen werden.

### Die Kurssteigerung dauert an.

Am Donnerstag machte die Hausse am Berliner Devisenmarkt weitere Schritte. Es beteiligte sich nunmehr auch das Publikum der Bausparbankvereine. Die Situation gestaltete sich an inländischen Geld- und Devisenmarkt insofern kritisch, als die Notendrucke durch den Buchdruckerstreik stillgelegt, und die Knappheit an inländischen Zahlungsmitteln sich noch verschärft hat. Bezeichnend für den großen Bedarf der deutschen Wirtschaft an Geldmitteln ist die Tatsache, daß in der letzten Junimonate der Notenumlauf der Reichsbank von 11,28 Milliarden Mark auf 16,21 Milliarden Mark gestiegen ist. An der heutigen Börse schwankte der Dollar zwischen 480 und 483. Die Devisen schließen zu den höchsten Tageskursen.

### Wiederherstellung der Ruhe in Zwickau.

Nach dem „Sächsischen Volksblatt“ ist die Lage in Zwickau wieder normal.

### Niederlage der irischen Aufständlichen.

In Dublin haben sich, laut „W.B.“, alle Aufständlichen ergeben. Die Befestigungen sind niedergebrannt.

### Die bürgerlichen Koalitionsparteien verhandeln zunächst über Erweiterung der Regierung nach rechts.

Die Verhandlungen der Koalitionsparteien wurden am Donnerstag offiziell nicht fortgesetzt. Sowohl das Zentrum wie die Demokraten beabsichtigen zunächst einen gemeinsamen Brief an die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei zu richten, der diese Parteien auffordert, sich an dem gegenwärtigen Regierungszustand nicht zu beteiligen. In maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht man diesem Schritt der bürgerlichen Koalitionsparteien äußerst pessimistisch gegenüber, zumal man sich klar darüber ist, daß ein Gelingen des Schritts der Republik, wie es unter den augenblicklichen Verhältnissen notwendig geworden ist, nur durch eine Linksmehrheit erleichtert werden kann. Diese Linksmehrheit ist jedoch nur mit Einfluß der Unabhängigen zustande zu bringen.

Am Donnerstag nachmittag fanden erneut Besprechungen zwischen den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien statt. Die Beratungen bezogen sich auf die Frage zukünftiger gemeinsamer Aktionen; sie trugen vertraulichen Charakter. Bisher haben die Kommunisten die Fragen des DGB noch nicht beantwortet. Trotzdem soll jedoch am Freitag von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien erneut der Versuch unternommen werden, eine gemeinsame Aktionsbasis herzustellen.

Nach der Haltung der „Roten Fahne“, die an „Arbeitererrat“ grenzt, scheint uns die Herbeiführung einer Einheitsfront unmöglich. Man kann von der Sozialdemokratie nicht erwarten, daß sie mit den Kommunisten gemeinsam handelt, während die Zentralleitung der SPD endlose Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion losläßt.

### Eine erfreuliche Entschliebung der U.S.P. Leipzig.

Der „Vorwärts“ meldet: Eine Funktionärerversammlung der U.S.P. Groß-Leipzig hat eine Entschliebung angenommen, in der die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 2. Juli gebilligt werden und erklärt wird, daß unter den gegebenen Umständen durch Eintritt in die Regierung energig versucht werden müsse, den Bestand der Republik zu sichern. Eine gemeinsame Aktion mit den jetzigen Führern der K.P.D. wird abgelehnt, dagegen wird von den SPD-Gewerkschaften erwartet, daß sie ihre ganze organisatorische Macht für die Erhaltung der gemeinsamen Forderungen einbringen werden. Stellt es sich, heißt es schließlich, im Laufe dieses Kampfes heraus, daß die beiden sozialistischen Parteien von der gleichen Aufstellung getragen sind, dann steht der organisatorischen Vereinigung nichts im Wege.

### Die Breslauer Verhaftungen und Haftentlassungen.

Wie uns mitgeteilt wird, sind die unter dem Verdacht der Mitgliedschaft der Organisation O in Breslau verhafteten Leute nicht aus der Haft entlassen worden. Diejenigen sieben Verhafteten, die vom Untersuchungsrichter aus der Haft entlassen wurden, standen unter dem Verdacht der militärischen Geheimbündelerei, aber nicht der Mitgliedschaft der Organisation O. Die O-Leute sind in Haft geblieben. Einer der vom Untersuchungsrichter Entlassenen soll inzwischen aufs neue verhaftet worden sein.

### Mörder Günther und Oberpräsident von Schlesien.

In der „Schlesischen Zeitung“ werden die Beziehungen des Mordbetrügers Günther zu rechtsstehenden Persönlichkeiten durch alle möglichen Hinweise verurteilt. Seine Beziehungen zu Helfferich und Eudenborff seien harmlos. Nun, wir haben die Dokumente veröffentlicht. Andere Beziehungen, die in der Berliner Presse behauptet worden waren, existieren gar nicht. Wir haben davon nichts gebracht und verzichten daher auf eine Antwort. Wir erlauben uns nur die bescheidene Anfrage, ob auch die Tatsache abgelehnt wird, daß der frühere Oberpräsident von Schlesien und jetzige deutsche Reichsminister im Reichsrat, Herr von Günther, der so wader alle Gesetze zum Schutze der Republik ablehnt, den Mordbetrüger, mit dem niemand mehr etwas zu tun haben will, mit herzlichsten Blankoempfehlungen ausgestattet hat?

### Die Wirkung unserer Demonstration auf das Ausland.

Der Berliner Berichterstatter des linksliberalen „Daily News“ schreibt, die gestrige Demonstration zum Schutze der Republik sei ohne Zweifel die eindrucksvollste, die je im Kaiserlichen, bzw. republikanischen Deutschland veranstaltet worden sei. Der Berichterstatter der „Liberation“ in London sagt, es sei eine Tatsache von großer Bedeutung, daß in der Hauptstadt Deutschlands eine Viertelmillion Menschen eine so hohe Anzahl von den republikanischen Idealen habe. Diese Stimmung, die der größte Teil der deutschen Nation so klar seit der Ermordung Rathenaus ausdrückte, verdient von der Entente anerkannt zu werden.

### Die Anträge des Verfassungsausschusses des preussischen Landtages zum Schutz der Republik.

Der Verfassungsausschuß beantragt beim Plenum: Der Landtag wolle beschließen, folgende Entschliebungen anzunehmen:

1. Das Staatsministerium aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Ministerialräte, Abteilungsdirigenten bei den Bezirksregierungen, Präsidenten der Landeskulturämter und Direktoren der Provinzialhochschulen in die Reihe der Beamten aufgenommen werden, die jederzeit einflussreich in den Ruhestand versetzt werden können;
2. das Staatsministerium zu ersuchen, die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur solchen Personen zu übertragen, die unbedingt zuverlässige Anhänger der republikanischen Verfassung sind;
3. das Personalreferat in allen Zweigen der Verwaltung und der Justiz nur solchen Beamten zu erteilen, die hervorragend sachkundig und unbedingte Anhänger der preussischen Republik sind; die Einennung von Personalreferenten bei den Provinzialbehörden bedarf der Bestätigung durch den zuständigen Minister;
4. die Schüler- und Lehrerbüchereien an sämtlichen preussischen Schulen von allen denjenigen Büchern zu reinigen, die mit der heutigen republikanischen Staatsform nicht vereinbar sind;
5. Schulbücher, welche Verherrlichungen der Monarchie oder der Hohenzollern Dynastie enthalten, mit größter Beschleunigung außer Gebrauch zu setzen. Der Landtag wolle ferner beschließen:
6. Jedes preussische Dienstgebäude muß eine Reichsfahne besitzen. Sind zwei Flaggenmasten vorhanden, so gilt die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Dezember 1921; ist nur ein Mast vorhanden, so ist immer dann die Reichsfahne zu hissen, wenn das Staatsministerium nicht besonders das Hiszen der preussischen Fahne vorschreibt;
7. mit größter Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Verhältnisse der Studierenden an den preussischen Hochschulen in republikanischer Geistesrichtung geregelt werden;
8. den Kreisleitern, die Verbrechen dienlich sind, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, die amtlichen Bekanntmachungen zu entziehen und an deren Stelle amtliche Publikationsorgane zu schaffen.

### Der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit.

Der dem Verfassungsausschuß des preussischen Landtages vorliegt, lautet:

- § 1. Für Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 oder mit der Abwehr des Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 in Zusammenhang stehen, wird, soweit das Begnadigungsrecht dem Freistaat Preußen zusteht, Straffreiheit gewährt.
- § 2. Unter der gleichen Voraussetzung wird Straffreiheit gewährt für solche Straftaten, die im Jahre 1921 im Zusammenhang mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform begangen worden sind. Zu diesen Kundgebungen gehören insbesondere diejenigen wegen Ermordung des früheren Reichsministers Erzberger.
- § 3. Straffreiheit wird ferner gewährt für Straftaten aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks im Februar 1922.
- § 4. Von der Straffreiheit nach §§ 1, 2 oder 3 sind ausgenommen:

  1. Straftaten, die lediglich auf Raub oder persönlicher Gewinnsucht beruhen;
  2. Straftaten solcher Personen, die im Zusammenhang mit den in den §§ 1, 2 und 3 genannten Bewegungen ein Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 des Reichsstrafgesetzbuchs), ein Verbrechen der schweren Körperverletzung (§§ 224 bis 226 Reichstrafgesetzbuchs), ein Verbrechen des Raubmordes (§ 251 Reichstrafgesetzbuchs), ein Verbrechen der Brandstiftung (§§ 176, 177 Reichstrafgesetzbuchs), ein Verbrechen der vorläufigen Gefährdung eines Eisenbahntransports (§ 315 Reichstrafgesetzbuchs), ein Verbrechen gegen § 321 Abs. 2 Reichstrafgesetzbuchs oder ein Verbrechen gegen die §§ 5, 6, 7 des Gesetzes über den verbrecherischen oder gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1894 (Reichsgesetzbl. S. 61) begangen haben;
  3. Wird die von dem Beschuldigten oder Beteiligten auf Grund dieses Gesetzes in Anspruch genommene Straffreiheit durch gerichtliche Entscheidung verweigert, so sind auf keinen Fall die in § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den verbrecherischen oder gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1894 (Reichsgesetzbl. S. 61) enthaltenen Bestimmungen über die Folgen der Straffreiheit für gegeben, so liegt es die Akten des Staatsministeriums zur weiteren Entschliebung vor.

2. Bei einer Straftat, die nach § 4 von der Straffreiheit ausgenommen ist, kann der Ausschuss auf Antrag des Beschuldigten oder Vertreterin sich für Gewährung der Straffreiheit aussprechen, wenn die Straftat auf politischen Beweggründen beruht; Abs. 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

3. Soweit der Ausschuss sich für Straffreiheit ausspricht, kann das Staatsministerium auch gerichtlich anhängige Strafsachen niederschlagen.

Der Verfassungsentwurf des Landtages legt ferner vor den

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterrlichen Beamten, die Verletzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 21. Juli 1882 (Gesetzsammlung S. 465).**

**Artikel 1.**

§ 2 des Gesetzes erhält folgenden Absatz 2: Die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten im Sinne des Abs. 1 Nr. 1 verletzt insbesondere auch ein Beamter, der Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Amt, durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung oder in der Öffentlichkeit demonstrativ oder agitatorisch fördert oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanisch-parlamentarischen Regierung des Reichs oder eines Landes unterstützt.

**Artikel 2.**

§ 17 des Gesetzes erhält folgenden Absatz 2: Wenn ein Beamter sich eines Dienstvergehens im Sinne des § 2 Absatz 2 des Gesetzes im Rückfalle schuldig macht, ist auf Entlassung aus dem Amte zu erkennen.

**Artikel 3.**

Nach § 23 des Gesetzes ist folgender § 23a einzufügen: Im Falle eines Dienstvergehens im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gesetzes leitet der dem Angeklagten vorgesetzte Minister das Disziplinarverfahren ein und ernannt den Untersuchungskommissar. Die Zuständigkeit des Ministers erstreckt sich für diese Fälle auch auf die Disziplinarorgane der mittelbaren Staatsbeamten.

**Artikel 4.**

Privatdozenten, die einen Lehrauftrag oder eine feste staatliche Besoldung haben, unterstehen den gleichen Disziplinarbestimmungen wie die Professoren.

Im übrigen wird das Gesetz vom 17. Juni 1886 (Gesetzsamml. S. 125), betr. die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten an den Landesuniversitäten, der Akademie zu Münster und dem Dozeum Hofmann zu Braunsberg, aufgehoben.

**Artikel 5.**

§ 30 des Gesetzes wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: Der Disziplinarhof entscheidet in der Besetzung von 7 Mitgliedern, von denen 2 Richter des Kammergerichts sind.

**Artikel 6.**

Die Amtszeit der jetzigen Mitglieder des Disziplinarhofes endet am 15. Juli 1922.

**Artikel 7.**

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Erlaß eines neuen allgemeinen Disziplinargesetzes außer Kraft.

Schließlich legt derselbe Ausschuss noch vor den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes, betr. die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Verletzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 7. Mai 1881 (Gesetzsammlung S. 218).

**Artikel 1.**

§ 1 des Gesetzes erhält folgenden Absatz 2: Die ihm durch sein Amt auferlegten Pflichten im Sinne des Abs. 1 Nr. 1 verletzt insbesondere auch ein Richter, der Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Amt, durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung oder in der Öffentlichkeit agitatorisch oder demonstrativ fördert oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanisch-parlamentarischen Regierung des Reichs oder eines Landes unterstützt.

**Artikel 2.**

§ 16 des Gesetzes erhält folgenden Absatz 2: Wenn ein Richter sich eines Dienstvergehens im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes im Rückfalle schuldig macht, ist auf Entlassung aus dem Amte zu erkennen.

**Artikel 3.**

§ 9 Abs. 3 des Gesetzes vom 9. April 1879 über die Zusammenlegung der Disziplinarorgane und des Großen Disziplinarhofes wird aufgehoben. An seine Stelle tritt folgender Absatz 3:

Die weiteren neuen Mitglieder des Großen Disziplinarhofes werden aus der Zahl der preussischen Richter für 3 Jahre vom Staatsministerium ernannt.

**Artikel 4.**

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

**Die reaktionären Wählerereien vor dem Reichstag.**

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Unabhängigen betr. das

**Fortschreiten von Selbstschutzorganisationen; betr. Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverrätherischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind; betr. die Hindenburg-Feyer in Königsberg**

und die sozialdemokratische Interpellation betr. antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und der Beteiligung der Reichswehr an dergleichen Veranstaltungen.

Abg. Dr. Moles (US.) begründet die unabhängigen Interpellationen und führt dabei aus: Die Oberste Heeresleitung der Gegenrevolution scheint das attentatspflichtige Dienstalter herabgesetzt zu haben, denn an den letzten Attentats-Vorbereitungen nahmen sogar Jugendliche teil. Herr Stresemann hat mit seiner gestrigen Rede nur die Desperados auf der rechten Seite ermutigt. (Sehr wahr! links.) Wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen Deutschenationalen, wie Dürringer, Hügel und Frau Behm auf der einen und Wulle, Henning, Graef und Helfferich auf der anderen Seite. Noch kurz vor dem Tode Rathenaus hat Major Henning über den „Namen Rathenaus“ geschrieben. In den Paraden und Regimentsfeiern beteiligen sich nicht nur die ehemaligen, sondern auch die jetzigen Offiziere, die sich von der Republik mühen lassen, um ihr bei gegebener Gelegenheit an den Krügen zu gehen.

Um 3 Uhr werden die Verhandlungen unterbrochen und die Gesamtsitzung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung vorgenommen. Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien angenommen.

Dann erhält zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation das Wort

**Abg. Vogel-Stranien (Soz.):**

Das Gesetz zum Schutz der Republik ist mit dem Sozialengesetz absolut nicht zu vergleichen. Dieses sollte die Bestimmung treffen, was man von dem Gesetz zum Schutz der Republik nicht behaupten kann. Es richtet sich lediglich gegen Gewalttaten und Verbrechen. Meine Partei hat wiederholt und feierlich erklärt, daß sie jeden Attentäter von ihren Köpfen abschüttelt und daß sie ihre Ziele nur mit verfassungsmäßigen Mitteln erreichen will. Das müßte Ihnen (nach rechts) hinreichenden Anlaß bieten, alles zu tun, um Deutschland so schnell wie möglich von der Mörder-Atmosphäre zu befreien. Warum die Verordnungen des Reichspräsidenten nicht genügen, um den Schutz der Republik zu gewährleisten, das hat der Reichsjustizminister im Hauptauschuß eingehend dargelegt. Dazu kommt, daß die Verordnungen des Reichspräsidenten in den verschiedenen Ländern offensichtlich sabotiert werden. Obwohl durch die Verordnungen die Regimentsfeiern verboten sind, wurde erst kürzlich in einer Zeitung zur Regimentsfeier des Bayerischen Regiments Nr. 105 eingeladen und ergangen dazu bemerkt, die bayerische Regierung habe Ertragszettel für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt. (Hört! Hört! links.) Ich weiß nicht, ob der Abg. Leitz das Gesetz auch ganz für überflüssig gehalten hätte, wenn er Kenntnis gehabt hätte von dem

**Erlaß des bayerischen Ministers des Innern vom 26. Juni, der sich auf die Ausführung der Verordnung bezieht.**

In diesem Erlaß wird den Polizeibehörden zur Pflicht gemacht, vor dem Vollzug von Haftbefehlen usw. dem Ministerium die Akten vorzulegen und weitere Weisungen abzuwarten. Bis dahin können natürlich die Wörder, wenn sie sich in München aufhalten und dort auf Anweisung des Reichsanwalts verhaftet werden sollten, länger geflohen oder gewarnt worden sein.

Die Regimentsfeiern haben mit der Pflege der Kameradschaft und mit der Erinnerung an gemeinsame Kampftage und alte Tradition nichts zu tun. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als um die Vorbereitung des Revanchekrieges und um die Wiederherstellung der Monarchie. Um so unverständlicher ist es mir, daß

**der Reichswehrminister**

trotz des offensichtlich antirepublikanischen Charakters dieser Feiern der Reichswehr die Teilnahme daran gestattet. Besonders in Bayern kommt der monarchistische und antirepublikanische Charakter der Regimentsfeiern sehr klar zum Ausdruck. Vorankommnisse in München, Erlangen und Regensburg, auf die der Redner näher eingeht, beweisen das zur Genüge. Ein Oberst hat die Teilnahme an einer Truppenfeier für Rathenaus abgelehnt, weil Kommandeur seiner Zelle Kommandeur war. Der Kommandeur

eines Truppenübungsplatzes hat sogar verfügt, daß alle Arbeiter, die an der Demonstration vom 4. Juli teilgenommen haben, zeitlich zu entlassen sind. In Potsdam herrscht immer noch der alte Geist. Bei der Enthüllungsfeyer des Mannenbundes erließ der Reichspräsident, „Wir kämpfen für Kaiser und Reich“. (Sehr! Hört! Hört! links und in der Mitte.) Bei derselben Feiern lenkte der Kommandeur einer republikanischen Truppe vor einem Mitgliede des Hauses Hohenzollern, das an der Feiern teilnahm, den Bogen. (Hört! Hört! links.)

Unersichtlich bleibt mir, wie man die Mannschaften zu einer Regimentsfeier in Königsberg mit solchen Patronen ausrüsten konnte. Die

**Ernennung des Herrn v. Wörsels**

zum Kommandanten eines Kreuzers der Republik wird uns im Auslande wahrhaftig keine Freunde schaffen. In nicht einer einzigen Kaserne sind die Aechen des Reichsanwalts und des Reichspräsidenten, die aus Anlaß der Ermordung Rathenaus gehalten wurden, angehängt. (Hört! Hört! links.) Jeder Versuch die republikanische Verfassung gewaltsam zu ändern würde einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Wir erwarten daß der Reichswehrminister jede dienstliche und außerdienstliche Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfeiern verbietet ebenso wie die Aufhebung jeder Verbindung der Reichswehr mit den Offizieren der alten Armee und endlich daß in der Reichswehr der Republik auch die Fahne der Republik zur Geltung kommt und mit ihr bei Offizieren und Mannschaften der Geist und das Wesen der republikanischen Verfassung. Wir erwarten weiter, daß rückwärts vorgegangen wird gegen Angehörige der Reichswehr, die immer wieder den Geist der Verfassung verleugnen und rufen ihnen zu: „Wollen Sie ein Tänzchen wagen? Wir spielen auf.“ (Stillerischer Beifall links.)

Zur Beantwortung der Interpellation, soweit sie das Reichsjustizministerium betrifft, nimmt das Wort

**Reichsjustizminister Dr. Kadbruch:**

Die Interpellation über die Schadloshaltung, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverrätherischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind, bezieht sich auf die sogenannten Waffensprozeße, die nach dem Rapp-Fußsch überall in Deutschland angehängt wurden. Es handelt sich in diesen Prozessen um Schadenersatzforderungen wegen der Beschlagnahme von Waffen durch Aktionsausschüsse. Der zweite Zivilsenat des Oberlandesgerichts Kiel hat in einem solchen Prozeß entschieden, daß unter den damals herrschenden Umständen in der Beschlagnahme von Waffen durch verfassungstreue Personen, die damit die gegenwärtige Staatsform schützen wollten, ein schuldhaftes Vergehen nicht zu erblicken ist. Die Klage ist in dem betreffenden Prozeß abgewiesen worden. Mit peinlichem Interesse habe ich die Mitteilung vernommen, die der Abg. Vogel über einen Erlaß des bayerischen Ministers des Innern gemacht hat. Ich habe von diesem Erlaß noch keine amtliche Mitteilung, weiß auch nicht, ob er ergangen ist. Wäre das der Fall, dann würde er in strafem Gegensatz zur Rechtslage. Die Reichsanwaltschaft ist eine vorgeordnete Behörde der Staatsanwaltschaft, und zwar in den Sachen, für die das Reichsgericht zuständig ist. Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben also in diesen Fällen den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft Folge zu leisten, ebenso die Polizeibehörde. Die Ausführungen des Abg. Vogel über den Zweck dieser Verordnung mache ich mir nicht zu eigen, glaube aber, daß der Erlaß die Wirkung haben könnte, die Untersuchung zu hemmen oder gar zu vereiteln. Wir haben volles Vertrauen für die politischen Schwierigkeiten der bayerischen Regierung, können aber nicht darauf verzichten, daß auch in Bayern das Reichsrecht zur Durchführung kommt. Ich werde feststellen, ob ein dergleicher Erlaß ergangen ist und beabsichtigt falls dafür sorgen, daß er mit der Rechtslage in Einklang gebracht wird.

**Major Schleicher**

als Vertreter des erkrankten Reichswehrministers beantwortet die Interpellation, soweit das Reichswehrministerium in Frage kommt und sagt, die Abhaltung der militärischen Feiern bei der Anwesenheit Hindenburgs in Königsberg war ausdrücklich genehmigt worden. Es waren zwischen Festungskommandanten und Polizeipräsidenten Vereinbarungen getroffen, die leider von den Demonstranten nicht gehalten wurden. Die Truppe wurde angegriffen und mußte sich verteidigen. Zeugenaussagen bestätigen, daß dieser Überfall vorbereitet war. Die dienstliche Teilnahme der Reichswehr bedarf in jedem Falle der vorherigen Genehmigung des Reichswehrministers. Fast durchweg sind die Gedenkfeiern einwandfrei verlaufen. (1) Wo Verhöße gegen die Richtlinien des Reichswehrministers festgestellt worden sind, ist sofort eingeschritten worden. Leider ist nicht zu verkennen daß die Regimentsfeiern von Persönlichkeiten, auf die der Reichswehrminister keinen Einfluß hat, zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden. Infolgedessen hat der Reichswehrminister einschränkende Bestimmungen erlassen, und im übrigen unterliegt die Frage eines eventuellen Verbots der Beteiligung der Reichswehr an Regimentsfeiern augenblicklich der Prüfung des gesamten Kabinetts.

**Reichsminister des Innern, Dr. Köster:**

Die Rechtsmittel mit denen die Reichsregierung vor der letzten Verordnung des Reichspräsidenten gegen Vereinigungen vorgehen konnte, waren nur sehr gering. Wir haben in dem

**Zölibat.**

Roman von Joh. Fersch.

26] (Nachdruck verboten.)

Man sah ihn auch zu der am Abend stattfindenden wöchentlichen Versammlung des Kirchenvereins ein, zu der er, gemäß dem Wunsch des Vororgans, sein Erscheinen versagte. Sie fand in einem Restaurationskafee statt, in welchem sich erst — schließlich in den Kreis allgemeinen Betrachters gestellt — anfangs nicht wohl fühlte. Der Kopf schwirte ihm von den Reden, die er, sein Ohr schlugen, es wirbelte vor seinen Augen, wenn in ersten Instanzen Laute auf ihn ausgebracht wurden, begleitet von dem Beifall der vielen Anwesenden.

Er atmete auf, als sich endlich die Aufmerksamkeit von ihm abwandte und man sich nach einem kurzen Verhandeln über Vereinsangelegenheiten dem gemüthlichen Besprechungsbelegte. Der Kooperator begründete sich auf das Kranken und Betrachter. Neben ihm sah der Obermann des Kirchenvereins, der Kooperator Ellinger, der ab und zu sich an ihn wandte, um ihn dann wieder unbeheilig zu lassen.

Seine Gedanken wandten sich von dem Redner auf ein Caput hinüber, das über das Summen in einem gemüthlichen Gespräch. Er dachte an den Mann, den er, das ist, sein Leben lang. Die ihm entgegenstehende fröhliche Stimmung, welche die Anwesenden umgab, war ihm neu, er vermochte sich in der ungeheuren Isoliertheit der Versammlung nicht zu verhalten.

Er warf, als er sich wandte, wieder, einer solchen Blick auf die Köpfe der Caput, die ihm Ellinger als Frau bemerkte. Jenseit Ellinger legte sich und der alte Mann warf die Hand zu hohler Hüften. Im ihr voller Lippen lag ein häßlicher Zug, der das Ansehen veränderte. Der welt entfaltete Mann wachte auf die Männer wieder, wie überhaupt die auffällende Toilette in diesem Kreise befremden mußte, was ihm nicht der Fall zu sein schien.

Der Kooperator wandte sich bei Ellingers Ermahnungen über die Vereinsangelegenheiten, erwiderte, man solle sich nicht mit dem Vereinswesen an solchen Tagen vor der Kirche beschäftigen.

Der Kooperator bemerkte unter einem Blick Ellingers: „Ein prächtiges Weib!“ Er schaute zurück, als

nach verließ: „Eine prächtige Frau, wolle ich sagen. Es eine Art Cooperator, die den Verein schon mehrmals vor mißlichen finanziellen Ersparnissen bewahrt.“

Er schwieg ohne weitere Aufforderung in einer überlauten Gesprächigkeit, die ein Eingeweihter betonen sollte, ein häufig wiederholtes Bild, während ihre Freigebigkeit bei Reden und anderen Materialbeschaffungen für den Chor, ob deren sie bei dem Pianer in hoher Saal saß. Sie besaß zwei reizende Kinder, ihr Gatte sei der bereitwilligste Finanzier für das Waisen-Oratorium seiner hübschen Frau.

**Ellinger schloß:**

„Es heißt ein geschnittenes Organ und ist eine unklare festeste Stütze. Die Kirche hallt, wenn sie singt.“

Der Kooperator sprach sich freudig dem ohne Zweifel zu den Bewunderern der Köpfe hinüber, während Ellinger, der Kooperator stützte Sekunden, unterbrach dann doch nicht seine Verwunderung über einige Entgleisungen des Vorredners.

„Entgleisungen? Wie meinen Sie das, Herr Ellinger?“

„Entgleisungen? Ich meine Sie auf den Kooperator. Sein verächtlich herabsehender Schanzbar hat dabei geradezu komisch über den Kopf offenen Mund. Das war ja einer von den Jesuitern, die Ihnen die Herringschicht war.“

„Er erriet die Gedanken des Redners, während erwiderte: „Herr Ellinger, Sie dürfen in mir keinen Gefassanten oder so etwas vermuten. Ich bin, wenn ich auch jetzt von einem Dorfe komme, ein geborenes Stadtkind. Ich meine, es müßte für den Verein und seine glückliche Genesung günstig sein, wenn ein Fremder das Gehör an manchen Tisch beläufig hätte.“

„Oh, Hochwürden! Vergessen Sie nicht, daß wir in der Nähe der Köpfe leben, ein Fremder hat. Das sind ein hübscher Mann.“

„Jagden. Aber wir müssen doch gewisse Forderungen machen, müssen das Auge mit dem Janus ausgleichen. Ich bin kein Meist, war aber sehr erfahren.“

„Beliebt vernünftiger sein bei Gedächtnis. Es scheint, unüberlegt gehandelt zu haben. Nach ein gleichem Tage würde es in Genesung als Januiter und Welt ausgenutzt werden. Worin er belächelt veranlaßt, da Ellingers Weg geradezu zu der Bewunderung führte.“

Der Kooperator trat hinüber in die Ecke, während Ellinger lebte in der Stadt als im Dorfe. Wie folgt Ellinger: ein anderer Blick. Die fremde Camera war, daß auch nicht

besser; die Heudelei vor der Außenwelt war mit dünnerem Strich hergestellt.

Wenn er vermerkte, den Zweifeln entronnen zu sein, die Kamer in ihm aufs neue gewest, so fand er in der Fülle des Stadtlebens in jeder Stunde Gemüthe des Jrens. Die Stadt war für das Erforschen ein geschäftiger Boden als das Dorf. Dort galt es, die in ihrer Vertheit fehlenden auf den rechten Weg zu bringen, hier verding sich das Bekennen in einer gewandten Diplomatie, eingesponnen in tausend Gespinnnen des Lippengebüdes, der spielenden Gemüthheit und der gesellschaftlichen Rücksichten. Ueber allem lag ein molantes Lächeln, das die Ermahnungen, tadelnden Hinweise und distreten Vorstellungen entseelte und dem Redner die Unwirksamkeit erkennen ließ.

Bei den Kindern erging es dem jungen Priester nicht anders. Eine weise Erinnerung überkam ihn im Anblicke der Seelen, die sich ihm und verächtlichst verschlossen und seine Verheißung um ihre kindliche Liebe doch nur mit dem Respekt vor der priesterlichen Würde erwiderten. Die Säge, mit denen er den Glauben in ihre Seelen pflanzte, wurden zum kalten Werkzeug des Gehirns und der Lippen. Es bereitete ihm eine schmerzliche Enttäuschung, daß es ihm nicht gegeben sei, den Schülern den Lehrstoff so nahe zu bringen, wie die anderen Lehrer. Aber Wadagege zu sein, war eine Kunst, ein Talent, das durch sorgfältigste Pflege in den Seminaren gepflegt wurde. Der Priester mußte — ob mit oder ohne Eignung — Erzieher sein. Er, der Kinderlose, der die Familie nur aus der verbliebenen Erziehung an das Elternheim konnte.

Es mangelte Ellinger nicht an dem Ehrgeiz, die Seelen der Kinder zu erwecken für die tröstende und lächelnde Hilfe der Glaubenswelt. Er wünschte sich nicht darüber, vor Scheinerfolge zu erzielen. Das Memorieren gelang, das Wiederholen von Gelehrtem. Der letzte Hauch von Eifergriffen ließ.

So sehr er sich dagegen sträubte, vor der Erkenntnis ätzerte, an hohem rühmend, überstark erganz sich die durch nichts zu verfallende Wirkung die Anerkennung. Die Kinderfehle war anerkennend, die Redenwille des Gottesgläubers in sich aufzunehmen und zu verarbeiten. Die Kinder waren zugänglich den einfachen Redensarten des sie umspielenden Lebens, das in der Lauslichkeit jedem Wort Form und Inhalt gab. Dem rein Gehtigen in der Religion blüht ihr Gehörnen verschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Bemerkung, daß die weitere Existenz gewisser Organisationen nicht nur inner-, sondern auch außenpolitisch eine ähnliche Quelle von Schwierigkeiten sind, verschiedene Organisationen wie

**Hohenzollern, Kaiserlich und Oberland aufgeführt** und sie auch dann verboten, als sie verbotenen, unter anderem Namen weiter zu existieren. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten haben wir neue Mittel in die Hand bekommen, diese Kräfte zu bekämpfen. So können wir jetzt gegen den Stahlhelmbund vorgehen, und auch in Kreisen sind auf Grund der letzten Verordnung des Reichspräsidenten verschiedene Verbände aufgelöst worden, z. B. der Bund der Aufrechten, der Verband nationaler Soldaten. Auch in Sachsen sind diese Verbote erfolgt. Ferner sind verboten worden alle Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Deutschen Völkischen Schutzbundes, der Deutschen Völkischen Jugend, der Alldeutschen Verbände, des Jung-deutschen Ordens usw.

Wir haben bei den Auflösungen im vorigen Jahre die wichtigsten Kräfte unterzubringen versucht, um sie neuen Berufen zuzuführen und der Wirtschaft dienlich zu machen. Jetzt muß daselbst geschehen mit den Mitgliedern der Selbstschutzorganisationen in Obersachsen. Wir haben bereits mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Industrie Verhandlungen aufgenommen und hoffen, daß den Leuten geholfen werden kann.

Auf Antrag **Hörsing** (Soz.) wird dann in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

**Hörsing** (Soz.): Die Veranstaltung in Ostpreußen war ganz unpolitisch. (1) Einen Mann wie Hindenburg parteipolitisch zu streifen, ist unehrlich. (Lärm links.) Schämten wir uns vor dem Ausland, (Besitz rechts.) Handelt es sich um die Mitteltribüne. Lärm bei den Unabhängigen und Kommunisten, die verlangen, daß die Tribüne geräumt wird.) Nachdem sich der Lärm gelegt hat, geht der Redner auf die Einzelheiten des Besuchs Hindenburgs in Ostpreußen ein, wobei er fortgesetzt durch Zwischenrufe der Linken unterbrochen wird.

**Hörsing** (Soz.): Hindenburg ist keine politische Persönlichkeit und darum waren auch die Feiern, an denen er teilgenommen hat, keine politischen. Wenn die Heimat unserem Heer nicht in den Rücken gefallen wäre (1)... (Lärm links.) Der Präsident ist nicht in der Lage, die Ruhe wiederherzustellen und unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde. Erst ganz allmählich legt sich der Lärm, während die Abgeordneten in erregten Gruppen im Saale beieinander bleiben.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt Präsident **Söbe** mit, die sozialdemokratische Fraktion, zu der gehört der Abgeordnete **Hörsing**, die zu dem Tumult gestritten worden sind, habe sich demnach dem Reichspräsidenten gegenüber, weil ihr Mitglied **Hörsing** auf dem Schloß geblieben sei. (Lärm links.) Der Abgeordnete **Hörsing** habe hier mitgeteilt, daß er infolge des Lärms nicht in der Lage gewesen sei, den Satz zu vollenden. Er habe nämlich diese aufgestellte Behauptung durch die Aussage des Unabhängigen **W. v. Magdberg** (1) erhärtet wollen. (Gelächter links.) Dann erzieht der Präsident dem Abgeordneten **Hörsing** erneut das Wort. Als er die Rednertribüne betritt, schallt ihm ein hundertstimmiges „Nein!“ entgegen. Die weiblichen Mitglieder der sozialistischen Fraktionen, die sich als Vertreterinnen der Mütter, die ihre Söhne im Kriege verloren haben, besonders beleidigt fühlen, drängen auf den Redner ein, und auch die übrigen Mitglieder der sozialistischen Fraktionen fordern in ähnlichen Ruf, daß **Hörsing** abtritt. Dieser steht selbst die Unmöglichkeit ein, weiterreden zu können und verläßt die Tribüne. Daraufhin schließt Präsident **Söbe** die Sitzung.

## Die Schutzgesetz-Entwürfe vor dem Landtag.

Zur Beratung stehen die auch von den beiden Linksparteien unterstützten Anträge der Regierungsparteien betr. den

### Schutz der Republik

und in Verbindung damit die erste und zweite Lesung der vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen

**Gesetzesentwürfe wegen Gewährung einer Amnestie und Verrückung des Disziplinarrechts für die Beamten und Richter.**

**Hörsing** (Soz.) erstattet für den Verfassungsausschuß den Bericht. (Vgl. den Wortlaut der Entwürfe an anderer Stelle. Red.)

**Hörsing** (Soz.): Jeder Versuch, die Monarchie wieder aufzurichten, wird die Arbeiterschaft im Keime ersticken. Am Gegenstand zum Sozialisten seien die Gesetze zum Schutze der Republik nicht Gesinnungen, sondern lediglich Verbrechen und gemeine Straftaten verfolgen. Wenn die politischen Machthaber im Reich und in den Ländern das Gebot der Stunde nicht erkennen, dann muß eben sofort das Volk befragt werden.

Der Redner bittet zum Schluß, die Beschlüsse des Verfassungsausschusses zu bekräftigen und die neuen Gesetze rüchlos durchzuführen.

**Hörsing** (Soz.), der während seiner Ausführungen von der äußersten Linken fortgesetzt durch Zurufe unterbrochen wird, erklärt, daß seine politischen Freunde mit der Monarchorganisation nichts zu tun haben. Ein geordnetes Staatswesen kann die Kommandierung der Volksmassen auf die Straße entschuldigen. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses werden von uns abgelehnt.

**Hörsing** (Soz.): Wir warnen daher, über das hinauszuweisen was ruhige Staatskunst gebietet. Wir wollen die geordnete Gnade für politische Verbrechen nicht verlangen, sondern aber die Bestimmung über die Beendigung der Eisenbahner usw. Was die Disziplinarrechte vorschreiben, geht sehr weit, wir werden aber dafür stimmen und machen noch in letzter Stunde auf das Bedenkliche dieser Vorschläge aufmerksam.

Der Redner wünscht eine von den Ausschlußbeschlüssen etwas abweichende Zusammenfassung des Disziplinar-Senats und eine Berücksichtigung der Gesetze erst in der nächsten Woche.

**Hörsing** (Soz.): Man kann bei den Vorschlägen des Verfassungsausschusses weder von Verletzung der demokratischen Grundrechte, noch von Ausnahmegeboten a la 1877 reden. Die republikanische Sache ist jetzt eins mit der Sache des Vaterlandes. Die bestehende Staatsform muß geklärt werden. Wir lehnen daher jede Verrückung dieses Ausdrucks in den Gesetzen ab. Auf alle Eisenbahner können wir allerdings die Amnestie nicht ausdehnen.

**Hörsing** (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetz, wünscht aber, daß gegen Beamte vorgegangen werden soll, wenn sie „aufreizend und gefährlich“ gegen die Republik vorgehen, anstatt „agitatoren und demonstrieren“, wie die Vorlage sagt. Das Strafmaß muß dahin geändert werden, daß in schweren Fällen auf Dienstentlassung erkannt werden kann.

**Hörsing** (Soz.) steht in den bisher gehaltenen Reden eine Missgunst an und bezeichnet es als besonders charakteristisch, daß man in den verschiedenen Änderungsanträgen immer wieder auf die veralteten Beamtengehalte zurückgeht.

**Hörsing** (Soz.) fordert vom Minister des Innern eine Erklärung, ob sich das Gesetz auch gegen links richten soll.

**Hörsing** (Soz.) (Deutsch-Französischer) lehnt das Gesetz als Ausnahmegesetz ab und fordert, daß die ordentlichen Gesetze so abgeändert werden, daß sie allen Bedürfnissen Rechnung tragen.

**Hörsing** (Soz.) erklärt, daß seine Partei nicht mit dem Gesetz einverstanden ist, weil es an dem Morde von Kaiserinwitwe nicht direkt noch indirekt beteiligt ist. (1)

## Minister des Innern, Gebering:

Wenn wir uns nur gegen Unvollkommenheiten einiger junger Leute zu wenden brauchen, dann können wir es uns erlauben, die ganze Gesetzgebungsmaschinerie in Bewegung zu setzen. Es handelt sich geradezu um Mordbuben (Hör. Hör. links) und um solche rechtsgerichteten Kreise, die diese Mordbuben gebildet haben. (Hör. Hör. links.) Ich kann Ihnen sagen, daß die beiden Mordbuben, die das Attentat auf Harden ausgeführt haben,

### Schon einen Teil des Mordbundes erhalten

haben (Stürmisches Hör. Hör. links.) Der andere Teil sollte ihnen noch ausgehändigt werden (Hör. Hör. links.) Wenn so im ganzen Lande Mordorganisationen bestehen mit dem Auftrag, die hervorragendsten Führer unserer Wirtschaft und unsere besten Staatsmänner zu beseitigen, dann haben wir die Pflicht, diesen Organisationen das Handwerk zu legen (Sehr richtig, links.) Wenn wir uns nicht in den nächsten Tagen zu einem entschlossenen Widerstand gegen diese Mordbuben aufraffen, dann tun wir den ersten Schritt zum Selbstmord (Sehr richtig.) Angst haben wir nicht! Solange wir an dieser Stelle stehen, haben wir aber die Pflicht, den Volksvertretern alles zu sagen, was zu tun notwendig ist. (Stürmisches Beifall links.)

**Hörsing** (Soz.): Herr **Gebering** sprach immer von Unschuld. Besteht sich das Gefühl der Unschuld auch auf seinen Kollegen **Gebering** im Reichstag? In drei Fällen hat dieser Herr Angehörige von Mordorganisationen unterstellt. (Stürmisches Hör. Hör. links.)

Zu einer persönlichen Bemerkung wird das Wort dem Abgeordneten **Herrmann-Fredersdorf** (Dnat.) gegeben. Als er die Rednertribüne betritt, erhebt sich auf der linken Seite ein ungeheurer Sturm der Entrüstung, offenbar wegen einer vor einigen Tagen erschienenen Zeitungsnote, wonach Herrmann Angehörige der Mordorganisationen mit Geldmitteln unterstützt hat. Als sich der Sturm ein wenig gelegt hat, erscheint **Fredersdorf** wieder und erklärt, daß die Vorgänge den Vorkommnissen beschuldigen werden.

## Forderungen sozialistischer Erzieher.

Die Arbeiterschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Ortsgruppe Breslau, beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung mit den Forderungen, die auf dem Gebiete des Schulwesens zum Schutze der Republik erhoben werden müssen. Es wurden folgende Entschlüsse gefaßt:

### a) für die Volksschulen.

Die Schulen Preußens sind Stätten der Reaktion und der antirepublikanischen Verheerung. Dieser Zustand wird von der Regierung geduldet oder begünstigt, da hier fast ausnahmslos die Rechtsparteien herrschen. Diese Verhältnisse bedürfen schleunigst einer entschiedenen Verrückung, um auch von dieser Stelle aus die herrschende Staatsform zu sichern. In letztere Stellen zuverlässige Republikaner berufen werden.

Lehrbücher, die antirepublikanisch gerichtet sind, sind oder dem Artikel 148 der Reichsverfassung nicht entsprechen, sind unzulässig. Sogenannte patriotische Stoffe sind stärker als bisher aus Lehrbüchern, Lieder- und Gesangbüchern zu tilgen.

Die Schülerbibliotheken sind von monarchistischer und militaristischer Literatur gründlich zu säubern. Aus ähnlichen Räumen sind endlich alle Zeichen und Bilder monarchistischer und militaristischer Charakters zu beseitigen. Für jedes Schulgebäude muß eine schwarz-rot-goldene Fahne vorhanden sein.

### b) für die höheren Schulen.

Die höheren Schulen Preußens sind Stätten der Reaktion und der antirepublikanischen Verheerung. Dieser Zustand wird von der Provinzialverwaltung geduldet oder begünstigt, da hier fast ausnahmslos die Rechtsparteien herrschen. Diese Verhältnisse bedürfen schleunigst einer entschiedenen Verrückung, um auch von dieser Stelle aus die herrschende Staatsform zu sichern. Daher müssen in Zukunft in alle freierwerbenden Stellen der Provinzialverwaltung und zur Leitung höherer Lehranstalten zuverlässige Republikaner berufen werden.

Die rechtskonservativen Jugendvereinigungen, auch Jungsturm und Jungdeutscher Bund, werden trotz ihrer progressiven politischen Haltung von den Provinzialverwaltungsgremien geduldet und durch die höhere Schulen begünstigt. Lehrern und Schülern ist jede Teilnahme an derartigen Vereinigungen zu untersagen; alle Befanntmachungen und Veranstaltungen solcher Vereine in den Räumen der Schule sind verboten.

Lehrbücher, die antirepublikanisch gerichtet sind oder dem Artikel 148 der Reichsverfassung nicht entsprechen, sind unzulässig. Sogenannte patriotische Stoffe sind stärker als bisher aus Lehrbüchern, Lieder- und Gesangbüchern zu tilgen.

Die Schülerbibliotheken der höheren Schulen sind von monarchistischer und militaristischer Literatur; daselbst gilt — besonders seit dem Weltkriege — in immer steigendem Maße von den Lehrbüchern. Hier ist eine gründliche Säuberung in jedem Schuljahr und in jeder Klasse zu veranlassen. Genaue Nachweise über diese Säuberung und über den Verbleib der ausgemerkten Bücher sind von sämtlichen Instanzen jährlich zu bestimmten Terminen dem Provinzialverwaltungsausschuß einzureichen.

Aus allen Räumen höherer Schulen sind endlich die Bilder und Zeichen monarchistischer und militaristischer Charakters zu entfernen. Schwarz-weiß-rote Fahnen, Fahnen oder Abzeichen sind ebenso wie das Hakenkreuz bei allen Veranstaltungen der Schule — auch bei Turnspielen und Wandertagen — verboten. An jeder Lehranstalt muß eine schwarz-rot-goldene Fahne vorhanden sein.

Lehrkräfte, die es vor sich selbst nicht verantworten können, den Standpunkt des republikanischen Staates zu vertreten, sind verpflichtet, in ihrem Unterrichte und bei jedem Zusammensein mit Jugendlichen die allergrößte Zurückhaltung hinsichtlich ihrer politischen Stellung zu beobachten. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Träger des sogenannten Gewissensunterrichts (Deutsch, Geschichte, Bürgerkunde, Erdkunde, Religion), mit dem daher, wenn möglich, nur zuverlässige Republikaner zu betrauen sind.

### c) für die Universitäten und Hochschulen.

Die letzten Gewalttaten gegen führende linksgerichtete Politiker haben ergeben, daß die Universitäten und Hochschulen Stützpunkte der gewalttätigsten Reaktion sind. Dieser Zustand wird vom Ministerium ohne ernsthafte Gegenmaßnahmen geduldet, da die Professoren und Studenten zum größten Teil den rechtsgerichteten Parteien angehören und der weitaus überwiegende Teil der Ministerialbeamten, besonders jene in leitenden Stellen, gleichfalls diesen Parteien angehören. Diese Zustände stellen eine schwere Gefahr für den Bestand der Republik dar und bedürfen der schleunigsten Verrückung.

In die leitenden Stellen des Ministeriums sind sofort zuverlässige Republikaner zu berufen, ebenso ist die Professorenschaft mit zuverlässigen Republikanern zu durchsetzen, die ohne Rücksicht auf die reaktionären Fakultätsvorschlüsse vom Ministerium unverzüglich zu ernennen sind. Ferner ist allen Professoren, auch den nichtbeamteten, Sitz und Stimme in den Fakultäten bzw. Abteilungen zu verweigern.

Gegen familiäre Professoren und Studenten, die sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verhalten, ist mit unerbittlicher Strenge vorzugehen und sofortige Dienstentlassung in die Wege zu setzen. Bei Studenten kommt außer den gesetzlichen Strafen die Exilektion von allen Hochschulen noch hinzu.

Der Hochschuling deutscher Art und alle ihm angehörenden Organisationen, sowie eine Vereinigungen mit ähnlichem Ziel sind anzulösen bzw. zu verbieten.

Alle Räume der Hochschulen und Universitäten sind als Bilder und Erinnerungssachen an die Reaktion zu entfernen.

## Jim Love Däumig.

Däumig hat das Alter von 58 Jahren erreicht. Er war in der Partei viele Jahre als Redakteur tätig. Nach der Revolution gab er die Wochenschrift „Der Arbeiter“ heraus, gehörte in der Revolutionszeit dem Volksrat Groß-Berlin an, wurde im August 1918 in die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin und im Dezember desselben Jahres zum Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gewählt. Unter seiner Führung vollzog sich in Halle die Spaltung der USPD. Däumig wurde Vorsitzender der Kommunistischen Partei, mußte aber bald auf Beschluß des ersten kommunistischen Parteitages in Berlin infolge Meinungsverschiedenheiten den Vorsitz niederlegen. Wenige Wochen vor seinem Tode trat er dann zu jener Partei zurück, deren Taktik er noch vor wenigen Jahren verurteilt. Im Reichstag vertrat Däumig den 8. Wahlkreis.

## Genosse Eugen Simanowski.

bis jetzt Führer des Zentralverbandes der Krankenkassen, ist einem Schlaganfall erlegen.

## Aus der Provinz Silesien. Wie die Reichswehr in Kreuzburg beim Einzuge empfangen wurde.

konnte man bereits in der „Volkswoche“ dieser Tage lesen. Was dann aber am Abend beim Kommerz, an welchem die Reichswehr, die Größen der Stadt und des Kreises, sowie die in Kreuzburg und Umgebung sich nach in großer Anzahl aufstellenden Ortschaften teilnahmen, sich abspielte, das übertrifft alles bis jetzt Dagewesene. Der Kommerz artete schließlich zu einem rein monarchistischen Kummel überst. Nach dem die sechs Freiermarken umgelegt waren, wurde mit bekannter „Begeisterung“ das „Hakenkreuz“ gesungen, anschließend daran „Deutschland über alles“. Als einige Genossen, die als Gäste anwesend waren „Schwarz-rot-gold“ bzw. riefen und endlich demonstrierend den Saal verließen, weil diese Gesänge nicht aufhören wollten, gerieten die nach Hunderten zählenden Anwesenden in große Erregung und es vielen seitens der Reichswehr- und Ortschaftsangehörigen verschiedene Bemerkungen, wie: „Wenn es der Regierung nicht paßt, so liegt sie in die Luft!“

Die Ortschaftsgemeinschaft suchte sich so sicher, daß sie beim Einzuge wie auch im Saale ihre Fahnen mitführten.

Also, Republikaner! Wir haben eine „republikanische Reichswehr“, die von der Republik gar nichts wissen will, als daß sie von dieser ausgehalten wird und noch dazu recht gut, im Prinzip aber monarchistisch geführt wird. Was sagt der Herr Reichstagsminister dazu? Die Reichswehr im Verein mit der Ortschaft gegen die Republik!

Ob genug haben wir die Behörden auf die große Anzahl Ortschaften in den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg aufmerksam gemacht, doch man wollte nicht darauf hören, daher doch in der Annahme, daß man sie bald wieder wird verwenden können, oder man gab auch zur Antwort, die Verbände seien aufgelöst. Wie kommt es aber, daß bis in die jüngste Zeit hinein ein ständiger Wagenpark der Ortschaft in der Garage eines Kreuzburger Sägewerkes untergebracht war, und die berühmte „Chauffeurin“ immer noch den Nachschichtdienst besorgte. Ihre Gehaltstabelle wirkte direkt auffallend. Beinahe jeder Gutsbesitzer hat sich einige dieser „Heiden“ eingekauft. Im vertrauten Gespräch erklärten die Leute, sie wären nur beurlaubt, nicht aber entlassen.

Was soll denn das alles, will man denn nicht bald anfangen „reinen Tisch“ zu machen? Vor allen Dingen aber wird es notwendig sein, unter den alten verführten erzkonservativen Beamten dieses Kreises aufzuräumen, um Beamten, Republikanern, Volk zu machen, die schließlich darauf achten würden, daß ihr Kreis keine „Mordbuben“ beherbergt und etwaige Unruhestifter ihrer verdienten Strafe zuführen.

In der Arbeiterschaft der Kreise Kreuzburg und Rosenberg wird es jetzt liegen, darauf zu achten, daß diese Rechte der Reaktion, die wie Parasiten an dem wunden Körper unseres Landes nagen, verschwinden und daß die Bäume der Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Arbeiter, seid wachsam, — euer Feind steht rechts!

**Markissa.** Die Hakenkreuzler auf den Hund gegeben. „Ich schneit es gern in alle Rinde ein!“ Dieses Motto scheinen sich neuerdings edle Hakenkreuz-Jünglinge erwehrt zu haben. Bei einem Sonntagspagiergang in den Anlagen unseres schönen Quersalles sahen wir einzelne Bäume ganz frisch geschändet, indem in ihre Rinde große, weisse, süßere Hakenkreuze geschnitten sind. Wunders war uns über diese Mißhandlung und Schändung wertvoller Bäume durch Subjekte von den geringsten Qualitäten dieser Gesellschaft nicht. Können sie doch nicht einmal Menschenleben, die ihren gemeinen Bestrebungen entgegen sind, Wiesel weniger spielt da die Gefinnung anderer Menschen eine Rolle, deren Gefühls- und Seelenleben noch nicht so verrotzt ist, die noch Freude empfinden an den Schönheiten der Natur und des Waldes und eine derartige Entweihung schmerzlich bedauern. Daß die Hakenkreuz-Mitglieder Markissa schon ganz und gar auf den Hund gekommen sind, bemerken sie am besten damit und geben sich selbst ein treffendes Charakterbild, indem sie das allgese Abgehören ihrer edlen nationalen Gefinnung sogar einem Hunde in sein Fell raffen!

**Bitterbach, Schwere Grubenunfall.** In der Frühlicht am Dienstag ereignete sich auf der Reichsgrube in der 10. Abteilung ein schwerer Unfall. Der Hauer **Witold Brause** von hier arbeitete mit noch einigen Kameraden in einem neuhergestellten Schacht. Während des Bohrens mit dem Bohrhammer übte sich unerwartet ein Bergsturz und verführte ihn mittels des nachfolgenden Nebengesteins. Die sofort vorgenommene Rettung arbeitete fürchten dazu, daß der Bergsturz noch zeitig genug gerettet werden konnte. Nach lebend wurde er schwerverletzt — wahrscheinlich mit gebrochener Wirbelsäule — befreit und ins Knappschichtlager überführt. Er ist verheiratet und hinterläßt Familie. Brause ist nicht nur im Kreise seiner Kameraden als tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter, sondern auch als überzeugter Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied bekannt. Seit langer Zeit befreit er in der Hohlheit das Amt eines Unterfahrsers und es wäre nur zu wünschen, daß er uns erhalten bleiben möchte. Die beiden anderen Kameraden sind mit leichten Verletzungen davon gekommen.

## Frauenhaare

und jede von 35 cm Länge an  
für alle Haare, ohne Grau, für 1 g  
für alle Haare, ohne Grau und geringe  
je nach Haarbeschaffenheit.

22 Pf.

Genauer von Frau zu Frau ist nicht, denn Frauenhaare dürfen nach  
Gesetzgebung (Reichsgesetz vom 23. 11. 1918) nur an jeden Verkauf im  
Inlande gemacht werden. Verkauft werden dürfen nicht  
ausgeschlossen. Jeder Verkauf, der Reichsgesetz nicht, macht die Strafen  
Denn jede Verletzung des Gesetzes ist strafbar.

**Selma Knauth, Frauenhaare**  
**Breslau, Sandberg 2, III.**

# Führende Häuser des Breslauer Großhandels (2. Fortsetzung)

## ERNST SPRUNG

Herrenhut-Großhandlung  
Telephon Ring Nr. 9045 **BRESLAU**, Kaiser-Wilhelm-Straße 32

## Louis Silberstein

Breslau 3, Freiburger Straße Nr. 36  
**Stroh- und Filzhutfabrik**

## Siegmund Blaschke

Leder-Großhandlung **Breslau 7**, Höfchenstr. 84 Telephon Ring 2537 und 5993

## Maschler & Klarenmeyer

Pelzwaren — Sportpelze — Damenpelze — Pelz-Kragen und Muffen — Pelzbesätze  
**Breslau 1**, Karlsstraße 32 • Telephon Amt Ring Nr. 10360



**Richard Busch & Co., G. m. b. H.**  
Breslau III, Freiburger Straße 22, Fernsprecher Ring 11696  
„LIGA“-Gummi-Sohlen, Gummi-Absätze

## Goldner & Altmann

**Breslau** Karlstraße 36 **Berlin** Kaiser-Wilhelm-Straße 44  
Tücher / Wollwaren  
Decken / Trikotagen  
Engros Export

## Schlesische Ein- u. Verkaufs-Gesellschaft für Fleischerei-Produkte m. b. H.

Darm **Breslau 6** **Breslau 6** **Breslau 6**  
Telephon Ring 1179 **BRESLAU 6** Nikolaistadtgraben 18

## Sandberg, Schottlaender & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Telephon Ring 2529 **BRESLAU** Graupenstraße 2/4

## Arnold Weiß

Strumpfwaren **Breslau 1** **Breslau 1** **Breslau 1**  
Fernsprecher: Ohle 6268 **Breslau 1** Schweidnitzer Straße 43b

## Gebr. Lippmann & Cohn • Breslau

Herrenkleider-Fabrik • Tuchgroßhandlung  
Karlstraße Nr. 30 Telephon Ring 2540

## Abramsohn & Lippstädt

Herrenkleiderfabrik

**BRESLAU 1**  
Reuschestraße 20/21  
Fernsprecher Ring 9018 : Telegramm-Adr.: Alb

## Jedes Buch und alle Zeitschriften

besorgt die

**Volkswacht-Buchhandlung**  
Breslau 8, Neue Graupenstraße 5

## Julius Löwy, Breslau I

Stroh- und Filzhut-Fabrik

**BRESLAU 1**  
Reuschestraße 47/48 = Fernsprecher 10767

## Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Mesterschutz. Ohne Gewähr.  
**Ankunft der Züge Breslau-Hbf.**  
Schnellzüge sind durch starken Druck hervorgehoben.  
D = Durchgangswagen; W = Werktag; S = Sonntags; E = Eilzug.

Richtung Berlin über Sagan oder Kohlfurt.

**Breslau 1**  
Berlin-Sagan 412 **232 D**  
Berlin-Kohlfurt 522 **D**  
Modlau 845 **W** bis auf weiteres  
Kohlfurt und Sagan 1045  
Görlitz 132  
Dresden 148 **D** 916 **D** 1232 **D**  
Sagan 202 **D** 945 **D** bis auf weiteres 112  
Kohlfurt 513  
Sorau 522 **E**  
Görlitz-Liegnitz 822  
Halle-Kassel 922 **D**

Richtung Brieg.

**Breslau 1**  
Oderberg und Kattowitz 302 **D**  
Ratibor 522  
Oppeln 732 **W** 1030  
Neisse 834 **201**  
Oderberg 1030 **526**  
Myslowitz 1120 **D**  
Oderberg-Myslowitz 310 **D** bis auf weiteres  
Oswieczin 822  
Kattowitz 1222 **D** 840 **D** 300 340 **E**

Reserviert

Für Massenanlagen von Drucksachen  
**Rotationsdruck**  
größte 64seitige Maschine im Osten  
**Volkswacht-Buchdruckerei**  
Breslau 2, Flurstraße 4-6

**Goldstein & Aronson**  
Fabrikation von Blusen und Kleidern  
**BRESLAU 1**  
Telephon Amt Ring 8784  
Schweidnitzer Straße Nr. 43b, Eingang Hummeroi

## M. Berger & Co.

Strumpfwaren-Ausrüstung

**Chemnitz** **Köln** **Bitburg (Eifel)**  
Einkaufshaus Lager, Passage 33 Strickerei  
Ständiges Lager: **BRESLAU**, Neudorfstraße 11, Telephon Nr. 7283

## Max Cohn & Co., Breslau

Kurzwaren — Garne — Knöpfe  
Neue Weltgasse 6/10 — Fernsprecher Ring 6544 und 6545

## H. L. Günther

Gegründet 1826

Spekulation — Speicherei  
**Sommerverkehre**  
Speicher mit Gleisanschluss  
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 3

## Nothmann & Jacob, Breslau

Wallstraße 11 — Nikolaistraße 10/11 — Fernsprecher Ring 2868  
Haus- und Küchengeräte-Großhandlung — Glas — Porzellan — Steingutwaren

## Wäschefabrik Silesia

Fritz und Georg Ksinski, Breslau, Neudorfstraße 8  
Sport- und Oberhemden nur eigener Fabrikation

## Viktor Cohn, Breslau

Gegründet 1883 — Telephon 7092 — Bezzestraße 15  
**Horren-Kleider-Fabrik**

## Schlesinger & Grünbaum

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik

Telephon Ring 785 u. 298 **Breslau 11** Böttnerstraße 32/33

## J. Schlamme & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik

**Breslau 1** — Schweidnitzer Straße 31 — Telephon Ring 1515 — Gegründet 1860

## Dankmann & Schönborg

Breslau 1, Graupenstraße 2/3  
Fabrikation, Lagerung und Verpackung

## Swaberg, Sperling & Singer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Kohlfurtstraße Nr. 15/16, Eingang Kupferstraße 41 — Telephon Amt Ohle Nr. 1157

## Ball, Bromberger & Co.

Breslau 1, Schweidnitzer Straße 31 • Telephon: Amt Ohle 978

**Rosenfabrik** Spezialität: **Brocches**

## Max Jacobowitz

Schuh-Leder en gros  
Freiburger Straße Nr. 24

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Juli.

Sozialdemokratischer Verein.

Unsere Forderungen zum Schutze der Republik ist das Vortragsprogramm in den Bezirksversammlungen, die am Montag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, in allen Distrikten stattfinden.

Metallarbeiter SPD. Vertrauensleute und Betriebsräte heute um 6 Uhr im Gewerkschaftshaus Sitzung.

Distrikt 27, Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr, bei Zeule, Ofenerstraße 2: Wichtige Sitzung aller Funktionäre, Komiteemitglieder und Inhaber von Sammelstellen.

Achtung, Arbeiterjugend! Die Teilnehmer zur Fahrt nach Schwednitz treffen sich Sonntag morgen pünktlich 5 Uhr am Hauptbahnhof.

Achtung, Jungsozialisten! Wir treffen uns alle zur Fahrt nach Löwen Sonnabend, den 8. Juli, nachmittags 5 Uhr, Hauptbahnhof, Ein- und Gartentrafik.

Die Herren an den Kinderveranstaltungen kommen heute abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus zur Besprechung zusammen.

Stadtvorordnetenversammlung.

Der Kampf um die Gewerbesteuer.

Der Kernpunkt der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung, der außer einer riesigen Tagesordnung auch 10 Dringlichkeitsanträge vorliegen, war noch einmal die Festlegung der Gemeindegewerbesteuer.

Mit einer solchen Lösung der Deckungsfrage konnte sich unsere Fraktion nicht einverstanden erklären. Die Mehrheiten der Betriebe sollen auf die Gebühren des jeweiligen Betriebes aufgeschlagen werden, aber für die Mehrausgaben der Kammerverwaltungen muß eine andere Deckung gesucht werden.

In Anbetracht der Wichtigkeit des Gegenstandes geben wir die Ausführungen unseres Fraktionsredners im Wortlaut wieder: Stadtv. Darf (Soz.): Bei den Etatsberatungen im Ausschuss haben wir alle geglaubt, der Bevölkerung den Dienst erweisen zu können, den Gaspreis von 6,60 Mark auf 5,30 Mark und die Gewerbesteuer von 1000 Prozent, die der Magistrat beantragt hatte, auf 600 Prozent herabzusetzen.

Inzwischen haben aber Geldentwertung und Teuerung einen solchen Sprung gemacht, daß auch unsere Stadtvormaltung in die schwerste Verlegenheit gekommen ist. Ein Dollarkauf von über 400 Mark alle früheren Berechnungen um. Schon für diesen Monat hat das Lohnamt gewaltige Lohnsteigerungen errechnet, und in den nächsten Monaten wird die Steigerung zu einer Höhe führen, die niemand für möglich gehalten hätte.

Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn. Diese Einnahmequellen sollen sein, und im Ausschuss haben sich die bürgerlichen Parteien auch auf diesen Vorschlag geeinigt.

Das Kleingewerbe durch einen hohen Gaspreis viel härter befallen wird. Die Kleingewerbetreibenden haben nicht nur ihren eigenen Verbrauch höher zu bezahlen, sondern müssen sofort auch höhere Aufwendungen für Wärme machen, da der Gaspreis vom Lohnamt mit berücksichtigt wird.

Herr Dehse hat ja neulich in der 'Breslauer Zeitung' ausgeplaudert, warum es den bürgerlichen Parteien geht wie es geht, befeuert für zu hoch befallen. In den

höchsten Stufen hätten wir eine Erdölsteuer. Also die Schwerindustrie und die großen Banken sollen geliebt werden. Die großen Banken, die in Breslau Millionenengeschäfte machen, und von denen bisher keine der Stadt Breslau einen Kredit eingeräumt hat.

Im Ausschuss hat uns Herr Dr. Hanke vorgelesen, daß ein Gewerbetreibender mit zehn Millionen Einkommen zusammen acht Millionen Einkommen, und Gewerbesteuer einschließlich der Handelstambeträge zahlen muß.

Die Gewerbesteuer verteilt sich aber nicht nur gerecht, als jede Gaspreiserhöhung, sie ist auch von größerem Vorteil für die Stadt und die Bürgerschaft. Der Gaspreis wird ausschließlich von dem Breslauer Verbraucher getragen, von arm und reich, die Gewerbesteuer aber wird auf weitere Kreise abgewälzt.

Auch in den bürgerlichen Parteien rechnet man damit, daß ein fünftes Steuererleichterung nötig werden wird. Da sagen wir ehrlieh im Interesse des Gewerbes, daß es besser ist, die Steuer am Jahresbeginn in der Höhe festzusetzen, die sie voraussichtlich haben muß, als wenn man im letzten Vierteljahr mit einer Nachsteuer kommt.

Stadtv. Herchel hörte lieber die sachliche Beratung durch eine Kritik der Demonstration, die gerade von Zentrumsseite sehr unangebracht war. Genosse Widera hielt ihm die Demonstration der Gewerbetreibenden entgegen, bei der der diebische Terror eine große Rolle gespielt hat.

Stadtv. Kruhs erklärte sich, falls die 1000 Prozent, die der Magistrat beantragt, abgelehnt würden, mit dem Antrag des Genossen Darf einverstanden. Da aber für die nächste Zeit weitere große Mehrausgaben zu erwarten seien, fragte er, wo die Deckung für diese herkommen solle?

Herr Unterberger vom Zentrum stellte die Einheitsfront mit den Deutschnationalen her und Herr Herchel kam nochmals auf die Demonstration zu sprechen, bis ihm vom Vorsitzenden bedeutet wurde, zur Sache zu sprechen.

Genosse Benter trat für eine gerechte Bodensteuer ein, die allein noch einen Ausweg aus dem Finanzloch bietet. Herr Dr. Hanke lehnt auch das 5. Steuerquartal ab, fordert wieder die Einschränkung des Beamten- und Angestelltenanwärters.

Gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer, also für Erhöhung des Gaspreises, stimmte auch der gewerkschaftliche Arbeitervertreter Hoang, worin ihm die bürgerlichen Arbeiter ganz besonders dankbar sein werden.

Nachdem Stadtv. Kruhs erklärte, daß durch diese Beschlässe die zur Auszahlung der Lohn- und Gehaltsrücklagen notwendigen Darlehen nicht getätigt werden, wurde die Schlussberatung des Stadtvorstandes auf Montag vertagt.

Zur Annahme gelangten noch folgende Vorlagen:

Nachtrag zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas, Wasser und elektrischem Strom. Änderung des Wasserpreises und der Bedingungen für Lieferung von elektrischem Strom, Deckung der Kosten für die Ausübung der sozialen Fürsorge für Kriegsbekindigte in den Rechnungsjahren 1915/20, Erhöhungen der Vergütungen des Sprungauschusses und der Besitzer des Einzugsamtes, Änderung des Vertrages mit der Gemeinde Schwib über Gaslieferung, Änderung des Mietvertrages für die Hardenbergstraße, Einziehung von Entlastungsträgern im Braubad 1, Anschaffung eines Trockenhandfeuerlöschers für die Oberförsterei Riemberg, Ausbesserung der Zufahrtswege im Wenzel Hande-Krankenhaus, Verstärkung der Mittel für Riefelfederanlegung im Vorstand von Kanfern, Vergütung des Sachhabers infolge Brandes einer Baracke auf dem Friedhofe zu Colet (entgegen der Magistratsvorlage volle Vergütung), Ermäßigung der Kanalgebühr von 24 auf 20 Pf., Verpachtung der Fischereirechte im Oberstrom (entsprechend dem Gutachten der Ausschüsse II und IV an den bisherigen Pächter), Änderung der Gebührenordnung für den Anschlag an die Schwämmfabrikation, Erhöhung des Begräbnisgeldes bei den Hospitälern zu Gstaufen, Jungfrauen und St. Hieronymus Erhöhung der Gebühren bei der Friedhofsverwaltung, Gewährung einer weiteren Teuerungszulage an die Empfänger von städtischen Arbeitzentren- und Hinterbliebenenbezüge von 1. Mai ab.

An Ausschüsse gingen folgende Vorlagen: Gewährung eines Darlehens an die Hallenwimmbad (H. B. II), Verpachtung von Ländereien in Barshin und Zimpel, Verpachtung des Gastwirtschaftsbetriebes des Schlosses und Viehhofes (II), Beschaffung einer Blechdruckmaschine für das Gaswerk Dürrgön (V), Verpachtung von Flächen am Ende der Kaiserbrücke (II), Änderung des Mietvertrages über die Ringstraße 133/134 (II), Abbau der Freitritte für Beamte usw. der Straßenbahn (I und II).

Eröffnung des Poseidon-Bades!

Nachdem bereits am 1. Juli mit dem Schwimmunterricht begonnen worden ist, soll am kommenden Sonntag, den 9. Juli, das Bad dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Bei dem an diesem Tage stattfindenden Schwimmfest soll all das volkstümliche unseres Schwimmsports vorgeführt werden und es ist Pflicht der gesamten organisierten Arbeiterschaft, zu diesem Schwimmfest zu erscheinen, um das Interesse an diesem Werte zu beweisen.

Der beste Zugang ist von Scheinigt über Wilhelmstraße bis zur Ratonsbrücke. Ab Endstation Linie 10 in 12-15 Minuten zu erreichen. Ein weiterer Zugang ist von der Matthiaskirche Linie 11 über die Hindenburgbrücke und am neuen Schiffahrtsweg rechts ab bis zur Fährte oder bis zur Ratonsbrücke 15 bis 20 Minuten.

Das Schwimmfest beginnt um 3 Uhr, doch es ist ratsam, 1/2 Stunde früher zu erscheinen. Also alles am kommenden Sonntag mit Familie zum Eröffnungs-Schwimmfest des Poseidon-Bades. Doch auch auf den Schwimmunterricht wollen wir nochmals hinweisen. Der erste Kursus ist voll im Gange und wird, wenn das Wetter weiter so günstig bleibt, gar bald beendet sein.

Doch auch für gute Schwimmer ist hier ein Anfall geschaffen, wie wir keine zweite in Breslau aufweisen können. Schwache Strömung und somit immer ruhiger und tiefer Wasser. Eine abgegrenzte 100 Meter-Schwimmbahn und gut angelegte Sprungbretter geben auch dem schwächsten Schwimmer Gelegenheit, sich in seiner Kunst zu betätigen.

Jugendabteilung des Transportarbeiter-Verbandes. Am 23. Juni hielt die Abteilung eine außerordentliche Sitzung mit dem Zweck, die Abrechnung der letzten Jahre zu prüfen und einen Bericht über die Tätigkeit der Abteilung zu verlesen.

6,24 Uhr ab Hauptbahnhof beginnen und Sonntag, den 16. Juli abends Breslau Freiburger Bahnhof wieder enden.  
Es wird eine rege Beteiligung erwartet. Wanderlustige junge Transportarbeiter melden sich bis zum 12. Juli im Betriebsbüro beim Kollegen Kähler.  
Im übrigen war die Verjüngung von einem regen Geiste getragen und es bedarf nur noch der Auffüllung der Erwachsenen, alle jungen Mädchen und Jungen, die dem Berufe nach zu unserer Organisation gehören, auf die Zusammenkünfte, deren nächste am 2. August stattfindet, aufmerksam zu machen. Wir wollen neben Unterhaltendem, hauptsächlich Berufsinteressen pflegen und dadurch für unseren Nachwuchs in Handel und Verkehr bessere Verhältnisse schaffen. Der junge Mensch ist heute schon durch die Tätigkeit der Organisation wesentlich besser daran, als es den Älteren seinerzeit erging, aber vieles ist noch der Besserung bedürftig, darum sorgt für den Zusammenschluß in der Jugend-Abteilung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Breslau.

**Sommerferienzüge.**

Die Eisenbahndirektion teilt mit: Infolge harter Nachfrage nach Sonderzugarten zu dem in der Nacht vom 13. zum 14. Juli verkehrenden Sommerferienzüge nach Thüringen und Frankfurt (Main) wird dieser Zug so verstärkt, daß zu ihm noch eine weitere Anzahl Fahrkarten zum ermäßigten Preise bei den bereits früher bekanntgegebenen Zugabstellen verabsolot werden kann.  
Der Sommerferienzug nach München am 15. Juli ist anzusehen. In allen übrigen Sommerferienzügen sind noch Fahrkarten zu haben.

**Verlorene Eintrittskarten.**

Die Leitung des Sparvereins „Glück-Auf“ teilt uns mit, daß ihr 40 Demokarten (bestimmt für das Sommerfest am 15. Juli) verloren gegangen sind. Der Finder wird erlucht, die Karten in der Redaktion der „Volksmacht“ abzugeben, da sie nicht mit Vereinsstempel versehen und daher ungültig sind.

**Geburten der Kinder!** Breslau hat nachgewiesenermaßen in Deutschland die größte Arbeitslosenrate und zwar ist die Zahl zurzeit über 100 000; davon ein sehr großer Prozentsatz Familienväter. Um nun den Kindern dieser Vermissten der Armen (es kommen circa 3000 in Frage) im Jahre wenigstens einmal zu zeigen, daß auch sie unter die Menschheit gehören und ihnen einen frohen Tag zu verschaffen, beschließt der Gewerkschaftsrat, wie im vorigen Jahre, auch dieses Jahr für die Kinder der Arbeitslosen ein Kinderfest zu veranstalten. Die Sammlung ist vom Herrn Regierungspräsidenten genehmigt.  
Gespenden wolle man der „Gonia-Bank Schlesien, Konto Gewerkschaftsrat“ überweisen.

**Auf dem Breslauer Frühmarkt** wurden am 6. Juli folgende Großhandelspreise für Gemüse und Obst verzeichnet: Junger Blattspinat 400 bis 600 Mark, Kohlrabar 600 bis 1200 Mark, Ritzchen 200 bis 300 Mark, Blaubeeren 600 bis 750 Mark je Korb, neue Zwiebeln 12 bis 15 Mark, Mörrüben 25 bis 35 Mark je 12 Kilo, Blattsalat je 12 Köpfe 3 bis 7 Mark, Ober-rüben je Schuß 25 bis 30 Mark.

**Der Schutzpolizeibeamte im Sonnenbrand.** Sengende Hitze, Menschen und Tiere zeigen bei der tropischen Hitze, die ganz besonders im Hausmeer der Großstadt fast unerträglich ist. Alles flüchtet so schnell als möglich in ein schattiges Plätzchen. Der Schutzpolizeibeamte aber patrouilliert in dieser Sonnenhitze, seinen Dienst tuend. Eine unverständliche Dienstvorschrift läßt keine Erleichterung zu. Die Raben eng eingeschnürt in Uniform, das ist eine furchtbare Qual für die Beamten, ebenso der ganz unannehme Schulterriemen, der getragen werden muß.  
Im Interesse der schwerer Dienst tuenden Beamten fordern wir hier eine Erleichterung durch Veränderung dieser durch gewiß recht militärisch föhrende Geheimräte ausgegebenen Ministerial-Verordnung.

**Kantischer Wetterbericht.** Die sehr energisch anrückende Depression, deren Kern heute über dem Kanal liegt, wird nicht ganz ohne Einfluß bleiben, jedoch der lange erwartete Umsturz am Wochenende eintritt wird.

**Konzerte — Theater — Vergnügungen.**

**Mitteilungen der Direktionen.**

**Vereinigte Theater.** Im Lobe-Theater heute Abend Ferdinand von Schiller als Kean in dem gleichnamigen Lustspiel von Alexander Dumas.  
**Thalia-Theater.** „Profuriß Goldi“ mit Alfons Fink als Gast. Von Dienstag, 11. Juli ab wird im Thalia-Theater Brieg „Die Schiffbrüchigen“ zur Aufführung gebracht werden. Es sei mit Bezugnahme auf den Antrag in den hiesigen Tageszeitungen besonders auf dieses Werk hingewiesen, das frei von aller billigen Sensation über eines unserer wichtigsten sozialhygienischen Probleme: die Bekämpfung der in immer größerem Umfange aufretenden Geschlechtskrankheiten, Aufklärung bringen will.  
**Humboldt-Verein.** Montag, 10. Juli Profuriß Goldi. Der Vorverkauf für diese Vorstellung findet Sonnabend 8. Juli, von 3—5 Uhr, im Thalia-Theater statt.

**Schauspielhaus (Operettenbühne).** Sonnabend zum 1. Male „Die schöne Nanna“ von Edmund Eysler, dem Komponisten der Operetten „Bruder Straubinger“, „Künstlerblut“, „Der lachende Chemann“, „Die ober Reine“. Otto Sturm spielt als Gast die von ihm in Wien kreierte Rolle des Werner von Stein. Neben dem Gast sind beschäftigt Emma Carrs, Elli Ritzke, Thilde Steiten, Otto Bohrdt a. G., Oskar Brandt, Albert Hugelmann. Gemütliche Zeitung Oberregisseur Fritz Karl, Regisseurin Hedwig Jolowicz.  
**Städt. Theater.** Heute findet die Erkaufführung von Jean Gilberts großer komischer Operette „Das Jungfernküß“ statt, mit Hertha Nordheim in der weiblichen Hauptrolle. Da die Nachfrage nach Eintrittskarten, speziell für Sonnabend und Sonntag, sehr rege ist, empfiehlt es sich, den Vorverkauf zu benutzen.

**Wasserstand**  
vom 7. Juli 1922

Kaiser	—	Kaiser (Unter-Regel)	— 0,30
St. Joh.	2,05	Kaiser (Ober-Regel)	5,14
St. Joh.	0,54	St. Joh. (Unter-Regel)	1,32
St. Joh. (Kaiser)	0,51	Dampfschiff	0,66
St. Joh. (Kaiser)	3,30	Dampfschiff	1,16
St. Joh. (Kaiser)	1,43	Kaiserwasser: + 22,5°	
St. Joh. (Kaiser)	4,08		

**Gewerkschaftsbewegung.**

**Gewerkschaftsinternationale in Berlin.**

Wie aus Paris gemeldet wird, nahm am Dienstag das Zentralkomitee des Gewerkschaftsbundes (G.G.) eine Entschließung zugunsten der Amnestie an. Sie fordert außerdem die Freilassung der in Moskau unter Auflage gestellten Sozialrevolutionäre. Zehouze teilte mit, daß das Präsidium der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich in Berlin versammeln werde, um Maßnahmen für die Unterstützung der deutschen Arbeiter im Kampfe gegen die Monarchie zu beraten. Im Monat Dezember wird ein Weltkongreß der Arbeiterorganisationen für die Erhaltung des Friedens stattfinden.

**Streik.**

**320 Bauarbeiter und Kunsthandwerker, welche in den Werkstätten der hiesigen Schlosser-Turnhalle beschäftigt sind, sind wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten. Näherer Bericht folgt.**

**Streik der Breslauer Steinmetzen, Hilfsarbeiter und Schleifer.**

Seit dem 3. Juli 1922 befinden sich die im Zentralverband der Steinmetzen organisierten Kollegen im Streik, da die Breslauer Steinmetzmeister bei den bisherigen Tarifverhandlungen Verschleppungsaktivi geübt haben und wir wegen eines Ortstarifes glücklicherweise ein halbes Jahr manche Nacht geopfert haben. Durch die Engstirnigkeit der Meister kam ein solcher nicht zustande. Wir haben uns diesmal genötigt, um eine Teuerungszulage persönlich bei den Vorstehenden der Steinmetzmeister vorstellig zu werden und weil wir auf Grund unserer Erfahrungen nicht gewillt waren, durch wechselseitige Schriftstücke die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, haben wir uns genötigt, bis 1. Juli eine bestimmte Antwort zu fordern. Da haben wir aber bis zu diesem Zeitpunkt trotz wiederholten Versicherungen eine solche nicht erhalten. Daher wurde in der am 1. Juli 1922 stattgefundenen Steinmetzen-Vollversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, am 3. Juli 1922 in den Streik zu treten. Nach nochmaligem Vorstelligwerden der Tarifkommission wurde uns vom Meister der Streik kurz erklärt: erst Arbeitsaufnahme und dann Verhandlung, was von uns abgelehnt werden mußte.  
Wir erziehen alle organisierten Kollegen, alle in unfer Fach schlagende Arbeit als Streikarbeit anzusehen und zu verweigern. In Betracht kommen hierbei: Gräfte-Auf- und Zubacken, Denkmäler aufstellen und niederlegen, Verlehen jetziger Steinmetzarbeiter auf Sand, Steine aus- und abladen; auch die heimtückische Bearbeitung von Kunststein ist ebenfalls Streikarbeit und muß unbedingt verweigert werden.  
Wir erziehen alle Kollegen, uns in unserem aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen und strenge Solidarität zu üben.  
J. A.: Die Streikleitung.

**Der Streik im Malergewerbe beendet.**

Der am 21. Juni ausgebrochene Malerstreik ist am Dienstag durch Annahme eines Vergleichsvorschlages, der vom Tage der Arbeitsaufnahme bis zum 21. Juli eine Lohnerhöhung von 5,40 Mark und vom 22. Juli bis 1. August eine weitere Erhöhung von 1,80 Mark pro Stunde vorsieht, beendet worden. Die Arbeitsaufnahme erfolgte am Mittwoch.

**Preiserhöhung.**

Ohne Ende schimpfen die weißen Leute und noch dazu, wenn auch der Preiser mal gezwungen ist, seine Preise zu erhöhen. Wenn die Erhöhung nur von den Arbeitgebern vorgenommen wird oder wenn eine Lohnforderung der Gehilfen benutzt wird, um die Preise heranzufahren, den Gehilfen dann aber ein Broden zugeworfen wird, mit dem er sich zufrieden geben muß, würde ein Grund vorhanden sein, die Erhöhung zu verweigern. Anders ist es aber in Deutsch-Polka. Dort ist man schon seit langem dazu übergegangen, die Preise gemeinsam zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festzusetzen und auch dementsprechende Löhne den Gehilfen zu bewilligen. Dadurch kommt ein Bild heraus, daß das Publikum nicht überfordert wird, der Berufsangehörige aber auch vom Bediente leben kann. Da gibt es nun in Deutsch-Polka wieder alte Zünftler, die den Versuch machen, jede dieser Vereinbarungen zu umgehen. Zuerst werden die Preise nicht in eingehalten und wenn dieses schon gemacht wird, der Lohn wird den Gehilfen aber nicht gezahlt. Und wenn man anstatt 100 Mark nur 100 Mark pro Woche Lohn zahlt, dann kann man ja auch billiger sein oder sich die Taschen füllen. Aber auch die Herren Erwerber und Schriftführer in Deutsch-Polka werden mal klein werden und dieses insbesondere dann, wenn die organisierte Arbeiterschaft ihnen Gebrauchs haben wird, daß sie hinter den organisierten Streikgehilfen steht.  
Wir bitten das Publikum, insbesondere unsere Gewerkschaftsmitglieder, die heutige Annonce im Anzeigenteil zu beachten und die Preiserhöhungen so wie bisher aufzuheben, die Gehilfen der beiden genannten Herren aber solange zu meiden, bis auch sie ihren Gehilfen den Lohn zahlen, den die anderen Arbeitgeber von Deutsch-Polka zahlen.

**Aus aller Welt.**

**Nischenband in Hamburg.**  
Die ausgebehten Anlagen der Norddeutschen Spirituwerke in Nischenband-Ausflug Bremen, wie aus Hamburg gemeldet wird, sei Mittwoch morgen. Der Brand ist auf eine Explosion im Lagerraum zurückzuführen. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit unter anhaltenden Explosionen auf sämtliche Gebäude über. Die verbliebenen Gebäude der Hamburger Feuerwehrrud an der Brandstätte tätig. Gegen 9 Uhr stiegen zwei große Spirituwerke in die Luft, wodurch die Mauer des neben dem Direktionsgebäude stehenden Hauses eingestürzt wurde. Unter den Trümmern wurden vier Feuerwehrlente begraben, von denen einer getötet wurde und drei schwer verletzt sind. Auch ein Arbeiter kam ums Leben.  
Die Brandkatastrophe der Norddeutschen Spirituwerke in Nischenband-Ausflug hat bis Mittwoch nachmittag vier Tote gefordert. Die Rettungsarbeiten dauerten den ganzen Tag an.  
**Schiffwreck des franzoesischen Kreuzers.**  
Der des kaiserlichen Nordes angelegte Kreuzer „Kaiser“ ist am 2. Juli im Atlantik gesunken. Der Kreuzer war auf dem Weg von New York nach London, als er bei der Insel Madeira auf Grund lief. Der Kreuzer wurde von dem britischen Kreuzer „HMS“ geborgen. Die Besatzung wurde gerettet. Der Kreuzer wurde in die Werft von Portsmouth geschleppt.

**Breslau (Land)-Neumarkt. Kreisstag in Neumarkt.**

Am 1. Juli fand im Kreislandeshause zu Neumarkt ein Kreisstag statt, der eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Landrat dem Ableben des Reichsministers Dr. Rathenau, der einem verbrecherischen Anschlag am Opfer fiel.

Ein Nachtrag zur Jagdsteuerordnung vom 15. Oktober 1921 wurde in der Sitzung des Kreislandeshauses angenommen.

Die Höhe der Kreislandsteuer wurden erhöht. Die sozialdemokratischen Anträge, die eine höhere Besteuerung der Hunde verlangten, wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Die Vorlage wurde dann nach den Vorschlägen des Kreislandeshauses angenommen. Danach beträgt der Steuerfuß 30 Mark jährlich für jeden über drei Monate alten Hund, für den zweiten Hund 50 Mk., für den dritten und jeden weiteren Hund 100 Mark jährlich. Einer Verringerung der Wertsteuerordnung vom 8. Juni 1921 wurde zugestimmt, um der Geldentwertung Rechnung zu tragen.

Desgleichen wurde ein 4. Nachtrag zur Schenksteuer vom 23. März 1907 nach der Vorschlägen des Ministerialerlasses angenommen.

Der Beschluß des Kreisstages vom 17. September 1919, wonach die Kreisbeamten für ihre Tätigkeit im Kreise in der Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 eine pensionsfähige Zulage von 100 Mark jährlich erhalten, wurde aufgehoben und dafür den in Frage kommenden Beamten eine Abfindungssumme von je 1000 Mark bewilligt.

Der Kreislandeshausleiter Sonnenberg ist seit dem 1. Oktober 1919 in der Kreisverwaltung tätig und soll nun für dauernd angestellt werden. Die Deutschnationalen scheinen Herrn Sonnenberg nicht hold gesinnt zu sein, denn sie wollten von einer Dauerangestellung des Sonnenberg nichts wissen. Der Antrag des Kreislandeshausleiters Sonnenberg als Dauerangestellter anerkannt wird, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Desgleichen gelangte ein Antrag des Kreislandeshausleiters zur Annahme, wonach der Hilfsarbeiter Schitora ebenfalls als Dauerangestellter anerkannt wird. Diesmal einstimmig.

Eine Ordnung betr. die Gewährung von Tagelohnern an den Vorstehenden und die Mitglieder des Kreislandeshaus, des Kreisstages, der Kreiskommissionen sowie der Kreisbeamten und Angestellten des Kreises, wurde nach den Veränderungsvorschlägen der Sozialdemokraten angenommen.

Nach dem Kostenantrag für den Bau des Kreislandeshaus vom Jahre 1920 sind in einzelnen Räumen (Küche, Nebenräume, Badezimmer) Doppeldecken nicht vorgesehen. Die Arbeiten müssen nun vorgenommen werden. Die Kosten für jede der acht Wohnungen belaufen sich auf 8000 Mark, zusammen 64 000 Mark. Die Mieter haben sich verpflichtet, die Kosten mit 5 Prozent in Form eines Mietzuschlages zu verzinsen. Der Kreisstag bewilligte einstimmig die hierfür erforderlichen Mittel.

Das Kreislandeshaus Breslauerstraße 2, (Landratshaus) muß umgebaut werden, ferner muß das Dach neu gedeckt werden. Der Kreislandeshaus schlägt hierfür die Summe von 350 000 Mark vor, die vom Kreisstag bewilligt wird.

Nach einer Ministerialerlassverfügung vom 22. März 1922 ist es nunmehr den Landräten gestattet, eine Vergütung für Aufwendungen im Interesse des Kreislandeshausverbandes vom Kreise anzunehmen. Der Kreislandeshaus schlägt 15 000 Mark jährlich ab 1. April 1922 vor. Es wurde demgemäß beschlossen.

Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kreislandeshausangelegenheiten wurde entgegengenommen. Bei der Beratung des Haushaltsvoranschlages (Etat) für den Kreis Neumarkt für die Zeit vom 1. April 1922 bis Ende März 1923 stellten unsere Genossen mehrere Anträge.

Unsere Genossen verlangten, daß das Kreisblatt nicht mehr in der Druckerei von Groda, der die Neumarkter Zeitung herausgibt, die die Republik und Regierung mit ziemlich schabigigen Mitteln bekämpft, hergestellt wird. Dieser Antrag wurde mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Die Zeitung wurde nicht geändert. Die Zeitung der Deutschnationalen ihrer Minister ebenfalls gefallen lassen müssen, stimmten wie üblich mit den Deutschnationalen.

Ein weiterer Antrag unserer Genossen, für die Fortbildungsschulen einen Beitrag von 30 000 Mark in den Etat einzuschließen, wurde nach längerer Aussprache angenommen.

Desgleichen gelangte ein Antrag unserer Genossen gegen die Stimmen der Deutschnationalen zur Annahme, nach dem fürs Landratsamt die amtlichen Fahnen angekauft werden. Die Deutschnationalen wollten von der schwarz-rot-goldenen Fahne natürlich nichts wissen. Nachdem Genosse Kleinert eindringlich darauf hingewiesen hatte, daß gerade wir im Osten allen Grund haben, unser Deutschtum auch nach außen hin zu bekennen, wurde der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Es wird somit in Zukunft, wenn Flaggen angeordnet ist, auf dem Landratsamte die schwarz-rot-goldene Fahne und die schwarz-weiße Fahne wehen.

Alle übrigen Titel des Etats wurden bewilligt. (Schluß folgt.)

**Bereinstalender.**

**Bereit für Selbstübungen 1922 (G. B.).** Freitag, den 7. Juli, findet im Vereinslokal „Zur Erholung“ die ordentliche Generalversammlung statt. Beginn derselben 1/8 Uhr. Jeder Sportgenosse hat zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.  
Der Vorstand.  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband, Sektion der Parkettleger.** Sonnabend, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung in der Stebbierhalle, Gewerkschaftshaus. Alles muß erscheinen. Die Sektionsleitung.  
**Naturfreunde.** Alle Freiburg-Teilnehmer treffen sich Sonnabend nachmittags 5 1/2 Uhr pünktlich am Freiburger Bahnhof, zweites Fahrkarten-Empfang. — Führeraktion Montag, 7. Juli, Sitzung bei Lutowitz.  
**Deutscher Bauarbeiter-Verband.** Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, Saubedelegierten-Sitzung, Zimmer 3 des Gewerkschaftshaus.  
**District 14.** Sonntag, den 9. Juli: Familienausflug nach „Kaiserhaus Lichtenhof“. Treffpunkt mittags 1 Uhr Kofplatz am Oberort-Bahnhof. Die Genossen und Genossinnen der Nachbar-Districte sind freundlichst eingeladen. Bitte die Lieberherren mitzubringen.  
**District 21.** Sonntag, den 9. Juli, findet in Wolke bei Stempel ein Gärten- und Kinderfest statt. Um zahlreichem Besuch bitten das Komitee. Abmarsch 2 Uhr Ede Josten- und Auguststraße.

**ATA**  
Denfels' Duf- und Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe und Industrie unentbehrlich.  
Händler: MEYER & CO., BREMEN.



**PALAST**  
Theater

2 geschlossene  
Vorstellungen  
6 u. 8 1/2 Uhr!

Gerhart Hauptmanns  
berühmtes Meisterwerk  
unter Mitwirkung  
des Organisten E. Erbe  
mit seinem Damacher

# Hanneles Himmelfahrt.

Aus dem Tagebuch  
Hagenbecks:  
Allein im Urwald  
7 Akte. 584

**PALAST**  
Theater

## Wie verdiene ich Millionen, ohne zu arbeiten??

Diesen Wunsch tausender Menschen illustriert in unübertrefflicher  
Weise in der **Schauburg** und im **D. K.**

### Reinhold Schünzel in „Die Tochter des Hochstaplers“

oder: „Das Geld auf der Straße“ 6 Akte.

Außerdem:  
Nur in der **Schauburg**  
„Störtebecker,  
der Seeräuber“  
6 Akte.

Außerdem:  
Nur im **D. K.**  
Kriminal-Abenteurerfilm:  
„Banditen im Frack“  
6 Akte. 583

Ein Sensationsfilm zu Wasser  
und zu Lande.

Hauptrolle: **Fr. Markussen**,  
Meisterschaftsringer.



In beiden Theatern: Eine Vorstellung  
pünktlich 8 Uhr. Einlaß 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne. Tel. 4199 2545  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Der Koffer aus Venedig.  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel **Otto Storm**  
Zum 1. Male:  
Die schöne Mama.  
Sonntag nachm. 5 1/2 Uhr:  
Der Tanz ins Glück.  
Sonntag u. tägl. 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel **Otto Storm**  
Die schöne Mama.

**Dominikaner!!**  
8 Uhr: Kolonialer Eiertanz  
Neu! Neu! Neu!  
Die besten Schwänzebergkinder  
Neu! Der Kutschenträger  
sowie 2 herrliche Scherz-  
Züge kommen, gute Platz.

3 Inerats erzielen in  
der „Volkswacht“  
den größten Erfolg

### Jupoli Lichtspiele

Neudorfstraße 35.  
Der Glanz-Neumantel-Film  
der Ufa. 2 Abteilungen.  
**Kinder  
der Finsternis**  
mit Hans Mierostel,  
Sipka Smolewa, Maria Seika.  
I. Teil: 2675  
Der Mann aus Neapel  
Drama aus dem Liebesleben  
der Südländer in 5 spann. Akt.  
II. Teil läuft ab 1. 7.  
**Amor am Steuer**  
Eins der besten Lustspiele  
mit Ossi Oswaldi. 5 Akte  
**Nächtlicher Besuch**  
Glänzender Schwank. 1 Akt.

Schwimmverein „Poseidon“, Breslau. (E. V.)  
Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr:  
**Großes Eröffnungs-Schwimmfest**  
im neubauten Poseidon-Volksbad.  
Flutkanal Hindenburg- und Nakonz-Brücke, Zugang über Hindenburg-  
brücke, mittels Fähre oder über Wilhelmsruh und Nakonz-Brücke.  
Eintritt 4.- Mark, Kinder 1.- Mark. 2676  
Schwimmerische Massenvorführungen - Wasserballspiele  
Verführung der Schwimmlehre - Kanstrogen.

**Fledermaus-**  
Täglich 6 Uhr  
Sonntags 4 Uhr  
Wegen großen Andrang weitere 3 Tage!  
Freitag, den 7. Juli bis einschl. Montag, den 10. Juli:  
**Breslaus beliebtester Film**  
Die **weißen Rosen  
von Ravensberg**  
6 Großakte  
Außerdem:  
Eine pikante Erstaufführung!  
**Die Asphaltrose**  
Sittliche Verfehlungen der Tochter eines Tischlermeisters -  
Vom Vaterhaus auf die Straße.  
Ein Film von Liebe und Treue!  
5 Großakte  
Dezente Stimmungs-Musik. 2685

Nur 4 Tage! Von Freitag bis Montag!  
**War sie eine Dirne?**  
oder eine geniale Streberin, die auf ihrem Aufstieg auch durch Schmutz waten mußte.  
Eine Frage, die tausende von Zuschauern in Spannung versetzte. Die Antwort gibt:  
Der größte Erfolg der Welt! **Das Monumental-Sittenbild**  
**Lady Hamilton**  
! Die historische Geschichte eines Modells, das  
durch seinen schönen Körper Europa eroberte!  
Der grandiose Millionenfilm! Ein Massenangebot darstellend. Künstler!  
**Reinhold Schünzel**  
Warner Krauss, Conrad Veldt, Llana Waid,  
Gertrud Welker, Jilka Grünig,  
Ad. Sandrock.  
Dann der neue  
**Chaplin-Schlager**  
Chaplin bummelt en gros

Heinrich-  
straße 21  
**Befi**  
Lichtspiele  
Moltke-  
straße 10  
Beginn 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr  
2 Erstaufführungen im Odertor!  
Ein nervenpeinendes  
Sittenbild wider Leiden-  
schaft, sündiger Liebe  
**Feuen, die  
die Ehe brechen**  
Der Roman eines Fürstenhauses  
Ethel Orff | Bruno Eichgrün  
Marg. Kupfer | Robert Scholz  
Helene Voss | Paul Hardmuth  
Dann der Sensation-Hit:  
**Vom Rande des Sumpfes**  
Die Geschichte einer Ehe.  
Eine Hauptrolle für Carl de Vogt.  
Außerdem Varietés:  
**Fred Horst**  
eine neue Sensation für Breslau.

**Matthias-Kino**  
Täglich 5 Uhr  
Sonntags 3 Uhr  
Letzte  
Vorstellung  
8 1/2 Uhr.  
Matthiasstraße 38  
Moltkestraße 9  
Ecke Althöferstraße.  
In beiden Theatern:  
**Das Straßenmädchen von Berlin**  
Sensationeller Großstadt-Sittenfilm in 6 Akten u. Leo Parry  
Lichtspiel-Haus u. Heloprogramm u. Matthias-Kino  
**Tolle Flitterwochen** Sylvester Schäffer:  
3 Akte. Motto: Wann das meine Mutter wählte! Ein Abenteuer in 5 Akten  
Der Herr der Unterwelt

**Lieblich-Kabarett  
und Tanzpalast.**  
Der große Erfolg des Juli-Programms.  
**S. P. D.**  
Ortsgruppe Hellwig und Umgegend.  
Sonntag, den 9. Juli  
in Hellwig:  
**Bannerweibe**  
Lust in Hellwig, Hellwig und Sommer.  
Lustspiele gibt es nicht!  
Um neuen lustigen Mittel  
Die Ortsgruppe Hellwig.  
Wie Sänger, Portier und Sportgenossen sind  
besonders empfohlen.

**OK**  
Aus unserer Meisterdetektiv-Klasse 1922.  
**Ganz Breslau spricht davon!**  
Bisher noch nicht gezeigte Sensationen. 30  
Alles Mehr Dagegen wird in den Schänken gestiftet.  
Die neuesten Erlebnisse des Meisterdetektivs 585  
in:  
**Harry Hill Der Todesflieger**  
Ferner: Das große Sitten-drama in 5 Akten  
**Moderne Töchter** Mädchen, die man nicht heiratet

**Simmer**  
Pudding-  
pulver  
Speisenwürze  
SINNER & G. KARLSRUHE-GRÜNPARK  
Sozialdemokratie u. Kirchentum  
Preis 45 Fig. - auswärts besonders Porto.  
Bestellungen werden von der Expedition dieses  
Blattes, sowie von sämtlichen Kolporteurs  
entgegengenommen.  
Gute, billige Bücher.  
Ludwig: Heiterkeit, geb. 18.-  
Müller-Jahnte: 34 betenne  
geb. 10.-  
Bestellungen werden von  
der Expedition dieses Blattes,  
sowie von sämtlichen Kolpor-  
teuren entgegengenommen.  
**Ausbau der  
Kinderfürsorge**  
durch die Gemeinde  
von  
Dr. Selma Schüller-  
Auweck  
Eine notwendige  
Schrift für Behörden  
und Ausschüsse, Lehr-  
er und Erzieher, wie  
überhaupt für alle, die  
sich in der Wohlfahrts-  
pflege betätigen.  
PREIS 275 MK.  
Bestellungen werden  
von der Exped. dieses  
Blattes entgegengen.

**Jupiter  
Lichtspiele**  
Waldenstraße  
in der Film-Operette  
**Die Strandnixe**  
mit Lily Fihr  
Dann:  
Der sensationelle Lustspiel-Schlager  
**Coel geht zum Rendezvous**  
Für die beste Lichtmusik. 2688

**Warburg-Lichtspiele.**  
Nur bis Montag:  
Die herrliche Film-Operette  
**Zigeunerblut**  
mit Hilde Weerens als Zigeunerin.  
Unter persönlicher Mitwirkung der Staatsoper-  
sängerin Fr. Janka Major u. des Herrn Steingeg.  
Erstaute Preise. 2688  
Anfang Sonntag 6 u. 8 1/2 Uhr, Sonntag 4, 6, u. 8 1/2 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr Große Kinder-Vorstellung.

**Rinder-Speisetalg**  
in Kisten, Ebletz, Pfandpackern.  
Der Berliner Dampf-Talgschmelze  
vornehmster Großschlichter  
**Pfirsche, Hergt & Co., G. m. b. H.**  
Wilmberg b. Berlin, Weißborsweg 42/43.  
Vertrieb an allen Plätzen gesucht.

**Bitte** bei allen Käufen stets die Spielregeln  
lesen - Schluß - 25 - beibehalten

**Rosengarten-Morgens  
Großer TANZ**  
Jeden Sonntag:  
2677